

LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 11 · 40. Jahrgang · 14. Wahlperiode · 2.12.2009

Sorge S. 3, 13, 15 | **Hoffnung** S. 5 | **Vermittlung** S. 10-11 | **Protest** S. 18

Mögliche Steuersenkungen auf Bundesebene – bedeuten sie massive Einnahmeausfälle für Land und Kommunen? Die Fraktionen sind unterschiedlicher Meinung, auch Sachverständige beziehen Stellung.

Die Zahlen zum Arbeitsmarkt sind besser ausgefallen als befürchtet: mehr sozialversicherungspflichtige Jobs, weniger Arbeitslose. Ein Erfolg der nordrhein-westfälischen Landesregierung?

Die Arbeit des Petitionsausschusses verläuft meist unbemerkt, aber erfolgreich. Es geht darum, Bürgerinnen und Bürgern in konkreten Problemsituationen mit Behörden zu helfen. Eine Innensicht.

Gegen verschulte Studiengänge und schlechte Bedingungen protestieren derzeit Studierende an den Hochschulen. Der Wunsch nach mehr Freiheit im Studium und besserer Lehre war auch Thema im Landtag.

Ordnungsamt
Abteilung 123
Hd. Herrn Müller
Heite Straße 23
1235 Musterheim

Bauordnung Einzelfall 765/199257-L-14

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Verwunderung habe ich Ihr Schreiben vom 03.12.2009 zur Baugenehmigung genommen, in dem Sie mir mitteilen, dass die von mir beantragte Baugenehmigung nicht erteilt werden kann. Mir ist bekannt, dass es bei Anträgen auf Baugenehmigung im Außenbereich einer besonderen Einzelfallprüfung bedarf. Allerdings erscheint es mir wenig nachvollziehbar, dass zwischen den beiden bereits bestehenden Gebäuden, für die zwingenderweise eine Baugenehmigung vorliegen muss, kein weiteres Haus entstehen darf. Ich bitte Sie noch einmal um Prüfung der Sachlage und um eine Kulanzentscheidung. Schließlich möchte ich nicht auf die grüne Wiese bauen, sondern lediglich zwischen zwei bereits bestehenden Häusern. Im Voraus vielen Dank für Ihr Verständnis.

Mit der Bitte um wohlwollende Prüfung
und freundlichen Grüßen

Offo Meier
Meier

Abgelehnt!

Ärger mit Behörden?

Der Petitionsausschuss hilft

Parlamentarischer Nothelfer

Ärger mit Behörden? Der Bauantrag wurde zum wiederholten Mal nicht bewilligt? In Sozial- oder Rentenangelegenheiten erfolgt die Eingruppierung nicht wie von Ihnen erwartet? Bescheide und Bewilligungen kommen nicht so, wie Sie es sich erhofft haben? Sie fühlen sich von Behörden nicht gerecht behandelt? In solchen Fällen kann der Landtag helfen.

Zuständig ist dann der Petitionsausschuss des Landtags. 23.000 Eingaben hatte er in der letzten Legislaturperiode zu bearbeiten, allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres waren es über 2.300. Eine Petition ist eine Eingabe, eine Bitte oder eine Beschwerde zum Beispiel an eine Volksvertretung. Der Petitionsausschuss versucht, den Bürgerinnen und Bürgern in konkreten Fällen zu helfen.

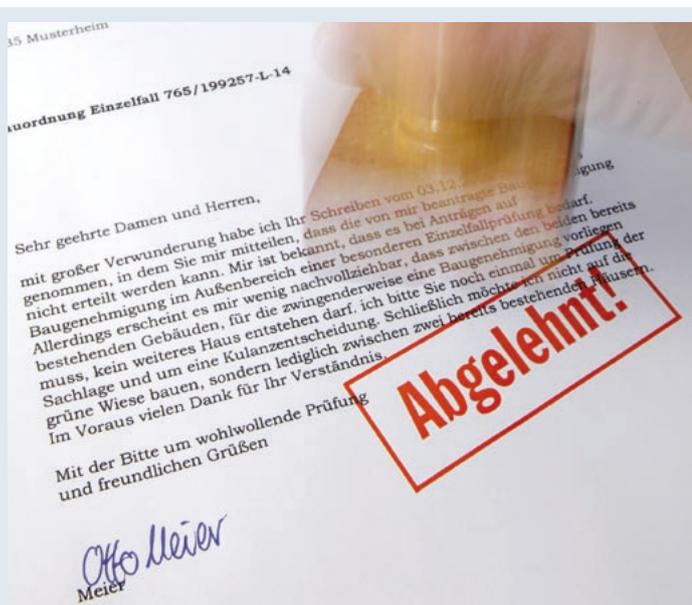
Klar ist, dass alle, so auch der Landtag, sich an Recht und Gesetz halten müssen. Möglichkeiten der Vermittlung gibt es nur da, wo bei Entscheidungen in die eine oder andere Richtung Ermessensspielräume bestehen. Dabei tritt der Petitionsausschuss nicht als Oberschiedsrichter, sondern eher als Mittler auf. Die Arbeit der Abgeordneten dieses Ausschusses besteht in der Suche nach Lösungen, die beide Seiten akzeptieren, die am besten gemeinsam von beiden Seiten ausgearbeitet werden. Mediation heißt hier das Zauberwort. Der Mediator trifft dabei üblicherweise keine eigenen Entscheidungen, sondern sorgt für ein lösungsorientiertes Verfahren. Es

geht um die Beilegung von Konflikten und Meinungsverschiedenheiten. Beide Seiten – Behörde und Bürgerin bzw. Bürger – müssen zum Gespräch, eventuell auch zu Kompromissen bereit sein.

UNVERZICHTBARES ELEMENT

Der Petitionsausschuss des Landtags ist also keine Super-Revisionsinstanz. Deshalb ist er zum Beispiel nach rechtsgültigen Gerichtsurteilen in der Regel machtlos. Und bei privatrechtlichen Streitigkeiten, etwa zwischen Nachbarn, ist er schlicht nicht zuständig. Nach guter Gewohnheit handelt der Ausschuss durchweg einstimmig und vertritt somit die ganze Macht des Parlaments. Auch deshalb werden „Politische Petitionen“ oder Petitionen mit besonderer Bedeutung in einer zusätzlichen Runde nochmals im Gremium der Sprecher aller Fraktionen im Petitionsausschuss erörtert.

Aufgabe eines Parlaments ist es, im politischen Bereich Entscheidungen zu fällen. Dies kann zur Verabschiedung von Gesetzen führen. Der Petitionsausschuss kann mit seiner Arbeit dazu beitragen, dass diese Gesetze nicht nur nach ihrem Wortlaut, sondern auch nach ihrem Geist umgesetzt werden. Ein unverzichtbares Element für die Akzeptanz unserer Demokratie. CW



Schwerpunkt: Petitionen

- Ein Denkmal auf vier Rädern 10
- Vermittlung mit Fingerspitzengefühl 11

Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die VVA Kommunikation GmbH · Abo- und Leserservice · Postfach 105153 · 40042 Düsseldorf · Sabrina Gebhard · Telefon: (0211) 7357-155 · Fax: (0211) 7357-891 · E-Mail: leserservice@vva.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

Inhalt

Aus dem Plenum:

- Steuern: Eine Frage der Finanzen 3
- Frauen: Die „Top Ten“ und ihre Folgen 4
- Arbeitsmarkt: Robust in der Krise 5
- Transparenz: Klarheit statt Kungelei..... 6
- Entwicklungshilfe: Vorschläge zur Güte..... 7
- Wohnen: Trautes Heim ade?..... 8
- Verkehr: Ihren Fahrschein, bitte! 9

Aus den Ausschüssen:

- Haushalt: Mehrausgaben und Kürzungen..... 13
- Meldungen..... 14
- Kommunales: Sparvorschläge erwünscht..... 15
- Bildung: Reform der Reform?..... 18

Gesetzgebung..... 12

Aus den Fraktionen 16-17

Porträt: Ursula Doppmeier (CDU)..... 19

Impressum 19

Termine 20

Eine Frage der Finanzen

Steuerpläne der Bundesregierung stoßen im Landtag auf unterschiedliche Positionen

4. November 2009 – Die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung, Steuern zu senken und damit die Konjunktur zu beleben, beschäftigten den Landtag NRW in einer Aktuellen Stunde. SPD und Grüne kritisierten das Vorhaben in zwei Anträgen (Drs. 14/10055 und Drs. 14/10055), da sie massive Steuerausfälle für Bund, Land und Kommunen befürchteten, und forderten NRW-Ministerpräsident Rüttgers auf, gegen die Pläne Position zu beziehen. CDU und FDP wiesen die Kritik zurück und erklärten die Steuerpläne für sinnvoll und unterstützenswert.

„Konservative und Marktradikale können nicht mit Geld umgehen“, erklärte die Grünen-Fraktionsvorsitzende **Sylvia Löhrmann** zum Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung. Mitten in der größten Krise der öffentlichen Haushalte planten CDU und FDP Steuersenkungen von jährlich 24 Milliarden Euro „auf

Mai 2010 gescheut und damit ein „finanzpolitisches Hütchenspiel“ geduldet. „Der Ministerpräsident hat die Interessen des Landes hintenan gestellt“, so ihr Fazit.

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland hätten noch nie mehr Steuern gezahlt als heu-

würden von den Plänen der Bundesregierung profitieren, etwa über die Erhöhung des Kinderfreibetrags und des Kindergelds. Nun werde die FDP dafür beschimpft, „dass wir Familien und Leistungsträger entlasten“, meinte Papke und hielt der SPD vor, im Jahr 2005 mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozent die „schlimmste Steuerlüge“ mitgetragen zu haben. Jetzt könnten die Menschen wieder selbst entscheiden, wofür sie ihr Geld ausgeben wollten.

Deutschland stecke in einer ökonomisch ganz schwierigen Situation, führte Finanzminister **Dr. Helmut Linssen** (CDU) aus. NRW und auch der Bund würden durch zahlreiche Maßnahmen versuchen, die Wachstumskräfte im Land zu stabilisieren. Beispielfhaft nannte Linssen die Konjunkturpakete, die Bürgschaften für Banken und den expansiv angelegten Landeshaushalt. Die Kritik an den Steuerplänen könne er



Fotos: Schälte

Sylvia Löhrmann (Grüne)

Hannelore Kraft (SPD)

Christian Weisbrich (CDU)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU)

Pump“. Diese Politik werde unter anderem dazu führen, „dass Schulen, Bibliotheken, Musikschulen und Schwimmbäder verlottern und geschlossen werden müssen“. – Die vorgesehene Steuersenkung sei daher keine Entlastung, sondern in Wirklichkeit eine weitere Belastung für die Menschen. Ministerpräsident Rüttgers müsse endlich handeln und Schaden vom Land abwenden, forderte Löhrmann.

Eine Umverteilung von unten nach oben sah die SPD-Fraktionsvorsitzende **Hannelore Kraft** im Koalitionsvertrag der Bundesregierung gegeben. Die Pläne von CDU und FDP würden insbesondere die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land weiter belasten und „eine soziale Schieflage produzieren“. Wer hoffe, dass sich ein über Steuersenkungen schuldenfinanzierter Aufschwung langfristig selber refinanzieren, der betreibe eine „Voodoo-Ökonomie“. Sie kritisierte, Ministerpräsident Rüttgers habe den Konflikt mit seiner Bundespartei vor der nächsten Landtagswahl im

te, verteidigte **Christian Weisbrich** (CDU) die Pläne zur Steuersenkung. Allein 2008 hätten sie insgesamt ein Steuervolumen von 561 Milliarden Euro aufgebracht, davon 142 Milliarden Euro über die Lohnsteuer. Die neue Steuerpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung werde die Leistungsbereitschaft der Menschen verstärkt fördern und die Grundsätze von Solidarität und Subsidiarität wieder in ein ausgeglichenes Verhältnis bringen, erklärte der Christdemokrat. Zudem bleibe die Steuerpolitik in die grundgesetzlich festgeschriebene Schuldenbremse eingebettet. Weisbrich betonte, die Menschen in NRW kämen „auf keinen Fall unter die Räder“.

Die FDP mache das, was sie vor der Wahl angekündigt habe, sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende **Dr. Gerhard Papke**. Die Liberalen hätten das Ziel, ein „einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem“ zu schaffen. Dies sei auch eine Politik für kleine und mittlere Einkommen. Auch Familien

nicht nachvollziehen, da diese zu keiner Erhöhung der Nettoneuverschuldung führten. Die zu erwartenden Mehrausgaben von rund 400 Millionen Euro im nächsten Jahr seien durch „kleine Veränderungen bei den Haushaltspositionen“ zu erbringen. Die Oppositionskritik sei nur ein Versuch, den „gelungenen Start der neuen Koalition kaputtzumachen“.

Die Menschen in NRW würden die Auswirkungen der Steuerpläne „hart zu spüren bekommen“, prophezeite der fraktionslose Abgeordnete **Rüdiger Sagel**. SW

In einem weiteren Tagesordnungspunkt befasste sich der Landtag mit dem Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung. Grundlage war ein Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, die Erfolge der Berliner Koalitionsverhandlungen anzuerkennen (Drs. 14/10014), da der Vertrag einen „Neuanfang für Deutschland“ und „Rückenwind für Nordrhein-Westfalen“ bedeute.

Die „Top Ten“ und ihre Folgen

Große Anfrage zur Situation von Frauen am Arbeitsmarkt

5. November 2009 – Sie verdienen weniger, sie besetzen deutlich weniger Führungspositionen, sie arbeiten verstärkt im Niedriglohnsektor und überwiegend in nur zehn Berufsfeldern: Noch immer haben Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht die gleichen Chancen wie Männer. In der Analyse dieser Situation stimmten die Landtagsfraktionen weitgehend überein, in der Ursachenerklärung schon weniger, und in der Problembekämpfung gingen die Positionen dann weit auseinander. Das zeigte die Plenardebatte zur Großen Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 14/9125) an die Landesregierung.

„Der Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen weist große geschlechtsspezifische Unterschiede und Nachteile auf.“ – Gerda Kieninger (SPD) sah Frauen in nahezu allen Bereichen des Arbeitsmarkts in Führungspositionen unterrepräsentiert und bei prekärer Beschäftigung überrepräsentiert. Die Diskriminierung beginne mit der Berufswahl, setze sich fort bei der Entlohnung für gleiche Arbeit, bei der Unterbrechung für Familienzeiten, dem beruflichen Wiedereinstieg bis hin zu den Karrierechancen. Die Antworten der Landesregierung auf die Anfrage der SPD seien in vielen Punkten sehr dürftig, anscheinend um den Handlungsbedarf zu kaschieren, kritisierte Kieninger. Dabei arbeiteten doppelt so viele Frauen wie Männer in einem Minijob-Verhältnis, ohne Anspruch auf Weiterqualifizierung oder Altersabsicherung.

Die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit für Frauen am Arbeitsmarkt sei eine Zielsetzung, die von allen Fraktionen geteilt werde, antwortete Ursula Monheim (CDU). Auch die Landesregierung treibe dies voran. Über die Wege dazu gebe es allerdings unterschiedliche Auffassungen. Auch die CDU-Sprecherin wertete es als nicht befriedigend, dass sich Mädchen und junge Frauen zu 56 Prozent auf zehn Ausbil-

dungsberufe konzentrierten. Mit zahlreichen Initiativen und Programmen sollten ihnen neue Chancen aufgezeigt und ihr Interesse für andere Ausbildungen und Berufsbilder geweckt werden. Auch bei der Besetzung von Führungspositionen, vor allem in großen Unternehmen, müssten Verbesserungen erreicht werden; der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung verfolge hier mit seinem Stufenplan einen weitreichenden und zugleich konkreten Ansatz.

„Wir bewegen uns in die richtige Richtung“, sagte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) und konstatierte, dass es angesichts der Situation von Frauen am Arbeitsmarkt noch viel zu tun gebe. Aber die Erwerbstätigenquote bei jungen Frauen mit Berufsabschluss habe sich zwischen 2005 und 2008 von 73,9 Prozent auf 78,8 Prozent verbessert, die Erwerbstätigenquote von Frauen insgesamt zwischen 2000 und 2008 von rund 58 Prozent auf rund 65 Prozent. Damit liege NRW deutlich über einer entsprechenden Vorgabe der EU. Man wolle Frauen verstärkt dazu motivieren, besser dotierte Berufe zu wählen. Die Landesregierung habe diese Problematik erkannt und reagiere entsprechend, so die Liberale. Gleiches gelte bei der Unterstützung von Frauen, die in die Berufstätigkeit zurückkehrten. Insgesamt

müsse die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden.

„Es steht nicht viel Neues drin“, zeigte sich Barbara Steffens (Grüne) mit der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage unzufrieden. Es sei keinesfalls alles bestens. Vor allem die Ursachenforschung kam ihr zu kurz; zum Beispiel gebe es zu wenige Vorbilder. In den Medien erlebe man Frauen nur in den typischen zehn Berufen. Grundlegendes habe sich durch die Aktivitäten der Landesregierung also nicht geändert, erklärte die Grünen-Sprecherin. Jungen Frauen würden eben nicht die Möglichkeiten aufgezeigt, einen ordentlichen Beruf mit einem ordentlichen Gehalt zu erlernen. Auch die Gewerkschaften seien gefordert, so Steffens, das Problem der niedrigen Entlohnung in den frauentypischen Berufen anzugehen. Die Grüne kritisierte die geplante Ausweitung der Minijobs. Diese führe dazu, dass noch mehr Frauen im Niedriglohnsektor landeten.

„Die genannten Erkenntnisse sind nicht neu“, stellte Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) fest. Es komme darauf an, dass in den Bereichen, in denen in erster Linie Frauen arbeiten, ähnlich gute Arbeitsbedingungen geschaffen würden, „wie wir sie zum Beispiel im industriellen Bereich haben“. Laumann verwies in diesem Zusammenhang auf den Dienstleistungsbereich, zum Beispiel die Pflege. Darüber hinaus bemühe sich die Landesregierung, junge Menschen bewusst an die Berufsentscheidung, die Berufsvorbereitung und die Auswahl eines Ausbildungsplatzes heranzuführen. Des Weiteren verwies der Minister auf die „Akzente der Landesregierung, um die Vereinbarkeit von Mutter- oder Vaterrolle und Beruf zu verbessern“. Laumann forderte außerdem für den Einzelhandel einen stärkeren gewerkschaftlichen Organisationsgrad, um auch hier eine „vernünftige“ Lohnpolitik durchsetzen zu können. cw



Dem Land verpflichtet ...

... wurden in der letzten Plenarsitzung von Landtagspräsidentin Regina van Dinker drei neue Abgeordnete. Jürgen Antoni (SPD) folgt auf den ausgeschiedenen Abgeordneten Michael Groschek, Gisela Hinnemann (CDU) auf Volkmar Klein und Franz-Josef Britz (CDU) auf Reinhold Sendker (im Bild von links nach rechts). Alle ausgeschiedenen Abgeordneten gehören nunmehr dem Deutschen Bundestag an. Fotos: Schälte

Norbert Post (CDU) am Rednerpult und Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU, im Hintergrund)

Robust in der Krise

Parlament zeigt sich erleichtert über Arbeitsmarktzahlen und streitet über den Beitrag der Landesregierung

5. November 2009 – Um die Lage auf dem Arbeitsmarkt ging es im nordrhein-westfälischen Landesparlament. Die Fraktionen von CDU und FDP hatten die Aussprache beantragt (Drs. 14/10057), weil die Beschäftigungssituation zwar nach wie vor angespannt, aber besser als erwartet sei. Gesunkene Arbeitslosenzahlen und ein Mehr an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen zeigten, dass NRW die Krise bisher gut gemeistert habe, und zwar wegen einer konsequenten Modernisierungspolitik seitens der Landesregierung. Das sahen SPD und Grüne anders.

Norbert Post (CDU) beschrieb Nordrhein-Westfalen als „starkes Schiff“, das gut dem Sturm der Probleme trotze. Dies gelinge aufgrund von wesentlich verbesserten wirtschaftlichen Bedingungen. Auch die Kurzarbeit sei dafür verantwortlich, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt besser sei, als im Vorjahr alle befürchtet hätten. Zwar sei die Zahl der 2.937 Jugendlichen, die ohne Ausbildungsplatz dastünden, noch immer zu hoch, aber gleichzeitig der beste Wert der letzten 20 Jahre. Der CDU-Politiker dankte ausdrücklich den handwerklichen Betrieben, die über ihre Kapazität ausbildeten. Nun dürfe man weder darin nachlassen, das Wirtschaftswachstum zu stützen, noch aufhören, die Ausbildung zu stärken. Durch die Öffnung der wirtschaftlichen Betätigung könne man Behinderungen für die Wirtschaft mindern.

Die Arbeitsmarktzahlen seien sicher noch kein Grund zum Jubeln, meinte Dietmar Brockes (FDP), aber sie hätten sich erheblich besser entwickelt als gedacht. Den Erfolg, dass es im Oktober bei unter 25-Jährigen 10 Prozent weniger Arbeitslose gegeben habe, schrieb er dem Ausbildungskonsens zu. Trotz der Krise stehe NRW besser da als zum Ende der rot-grünen Vorgängerregierung. Dass das hiesige Wirtschaftswachstum über dem des Bundesdurchschnitts liege, zeige, dass NRW einen wesentlichen eigenen Beitrag geleistet habe, etwa durch eine konsequente Orientierung am Mittelstand, wo die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze entstünden. Als Beispiel für verbesserte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft nannte er die Freigabe der Ladenöffnungszeiten und die Mittelstandspakete.



Dietmar Brockes (FDP)



Günter Garbrecht (SPD)



Barbara Steffens (Grüne)

Fotos: Schälte

Andere Gründe für den verhältnismäßig stabilen Arbeitsmarkt identifizierte Günter Garbrecht (SPD). Ohne die Kurzarbeit gäbe es 100.000 Arbeitslose mehr in NRW, meinte er. Zudem hätten auch Beschäftigte, Betriebsräte und Gewerkschaften mit Notlagentarifverträgen und dem Abbau von Stunden einen unverzichtbaren Beitrag geleistet. Einen nennenswerten eigenen Beitrag der NRW-Landesregierung hätten Wissenschaft und Medien bisher nicht erkennen können. Bezüglich des Ausbildungsmarktes sprach Garbrecht von „Schönfärberei“. Im Vergleich zu 2008 seien in diesem Jahr 9.000 Ausbildungsverträge weniger abgeschlossen worden. Auch könne man nicht allen Statistiken Glauben schenken. Es gebe einen akuten Handlungsbedarf. „Kommen Sie endlich in der Realität an!“, rief der SPD-Sprecher der Regierung zu.

Auch Barbara Steffens (Grüne) konnte in den gesamten Analysen zum Arbeitsmarkt keine Punkte finden, die auf Konzepte der Landesregierung zurückgingen. Was der FDP-Sprecher diesbezüglich aufgezählt habe, bewertete sie als „peinlich“. Weil die damaligen Prognosen weder die Relevanz des Instruments Kurzarbeit noch den Bedarf an Fachkräften berücksichtigt hätten, stelle sich die Arbeitsmarktsituation im Vergleich dazu nun als besser dar als erwartet. Bezüglich des Lehrstellenmarkts sprach auch die Grünen-Sprecherin von einer Fehleinschätzung der Landesregierung und verwies darauf, dass von 62 Prozent der ausbildungsfähigen Betriebe nur 30 Prozent tatsächlich ausbildeten. Steffens kritisierte, dass die Landesregierung keine Regelungen zur Ausbildungsbereitschaft der Betriebe treffen wolle.

Als „äußerst robust“ bezeichnete Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) den Arbeitsmarkt angesichts der Krise. Ein Plus an sozialversicherungspflichtigen Jobs und ein Minus an Arbeitslosen seien in dieser Situation gute Nachrichten, aber kein Anzeichen, dass der Arbeitsmarkt die Krise bereits überwunden habe. Dass die Kurzarbeit so intensiv genutzt werde, liege an verbesserten Rahmenbedingungen, für die sich auch die Landesregierung eingesetzt habe. Zugleich unterstütze das Land die Kombination von Kurzarbeit und Weiterbildung. Zur Ausbildung verwies der Minister auf Landesprogramme wie das Werkstattjahr. Wer meine, die Landesregierung unternehme nichts, habe entweder Wahrnehmungsstörungen oder wolle nicht zugeben, dass sie in dieser Frage äußerst aktiv sei. *sov*



Fotos: Schälte

Finanzminister
Dr. Helmut Linssen (CDU)

Marc Jan Eumann (SPD)

Christian Weisbrich (CDU)

Angela Freimuth (FDP)

Ewald Groth (Grüne)

Klarheit statt Kungelei

Breite Zustimmung zum Gesetz über die Offenlegung von Bezügen

5. November 2009 – NRW wolle Vorreiter werden in Sachen Transparenz in öffentlichen Unternehmen. Mit diesem Anspruch brachte die Landesregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf (Drs. 14/10027) in die parlamentarischen Beratungen ein. Alle öffentlich-rechtlichen Organisationsformen wie Anstalten des öffentlichen Rechts oder auch Landesbetriebe, die unternehmerisch tätig sind, sollen zukünftig gesetzlich verpflichtet werden, die Bezüge der Mitglieder von Geschäftsführungen und Aufsichtsräten individualisiert zu veröffentlichen. Ein guter Entwurf, fanden übereinstimmend Regierungsfractionen und Opposition. Die Landesregierung habe die Impulse des Parlaments zu diesem Thema aufgegriffen.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) erläuterte, im Gesetzentwurf der Landesregierung gehe es darum, bei der Verwendung öffentlicher Gelder für Transparenz zu sorgen. Bei einer mehrheitlichen mittelbaren oder unmittelbaren Beteiligung des Landes würden die Unternehmen zur Veröffentlichung verpflichtet, bei einer Minderheitsbeteiligung (mindestens 25 Prozent) solle das Land auf diese Veröffentlichung hinwirken. Zudem schaffe das Land für seine Unternehmen die Verpflichtung, Beraterverträge individualisiert zu veröffentlichen. Für wirtschaftliche Betätigung im kommunalen Bereich bzw. für kommunale Beteiligungen sehe der Gesetzentwurf ebenfalls Veröffentlichungspflichten vor, um zum Beispiel sicherzustellen, dass die Öffentlichkeit über die Höhe der Bezüge führender Verantwortungsträger kommunaler Gesellschaften transparent informiert werde. Die Umsetzung des Transparenzgebots bei Eigenbetrieben solle über einschlägige Rechtsverordnungen erfolgen.

„Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den Vorstellungen des Parlaments und den Vorstellungen der SPD-Fraktion in großer Übereinstimmung Rechnung trägt“, sagte Marc Jan Eumann (SPD). Er bestätigte: Der Landesgesetzgeber habe das, was er regeln könne, im vorliegenden Entwurf geregelt. Daher werde man als Opposition die anstehenden parlamentarischen Beratungen konstruktiv begleiten. Als Vorreiter könne das Land Nordrhein-Westfalen nunmehr Regelungen, die an anderer Stelle kompetent zu treffen seien, anregen und anstoßen, schlug Eumann vor. Daher kündigte der SPD-Sprecher an, man werde im weiteren parlamentarischen Verlauf beraten, wie man Impulse an die Adresse des Bundes geben könne.

Auch Christian Weisbrich (CDU) lobte die Vorreiterrolle NRWs, wenn es um die Transparenz in öffentlichen Unternehmen gehe. Man dürfe die Debatte über Bundeszahlungen, Abfindungen und Managergehälter nicht bei den privaten Unternehmen enden lassen: „Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf zu wissen, wie die Geschäftsführer und Vorstände öffentlicher

Unternehmen, seien es Sparkassen, Stadtwerke, Wohnungsbaugesellschaften oder Krankenhäuser, bezahlt werden.“ Freiwillige Lösungen – wie von den kommunalen Spitzenverbänden angestrebt – würden dieser Zielsetzung nicht gerecht. Das Gesetz unterbinde zukünftig „Kungeleunden“; es schöpfe die verfassungsrechtlich vorgegebene Kompetenz vollständig aus.

Es sei zwar eine „fast schon verdächtig scheinende Harmonie“, meinte Angela Freimuth (FDP). Aber auch sie begrüße den Gesetzentwurf der Landesregierung, der eine Initiative des Parlaments aus der Landtagsdebatte im Februar dieses Jahres aufgreife. „Gerade weil bei öffentlichen Unternehmen, die formal dem Land oder einer Kommune gehören – egal in welcher Art und Erscheinungsform –, letztlich die Bürgerinnen und Bürger als Träger unseres Staatswesens dafür die Haftung übernehmen, sollten wir in einem demokratischen Rechtsstaat kein Geheimnis aus der Höhe der Bezahlung der Organmitglieder dieser Unternehmen machen“, betonte die FDP-Abgeordnete. Bei öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten wie bei den Sparkassen sei allerdings der Vorrang des Bundesrechts zu beachten.

„Das ist ein guter Gesetzentwurf“, meinte auch Ewald Groth (Grüne). Er schloss sich dem Lob seiner Vorredner an, nicht ohne darauf hinzuweisen, dass der erste Anstoß seitens der Grünen schon im April 2008 erfolgt sei. Das Gesetz sei aus drei Gründen wichtig: Erstens liege das unternehmerische Risiko bei öffentlichen Unternehmen letztendlich bei den Bürgerinnen und Bürgern. Zweitens könnten sie durch die Offenlegung auch einen Vergleich z.B. zwischen den Kommunen anstellen und erkennen, wo welches Geld in einer Kommune ausgegeben werde. Und drittens werde mit dem Gesetz auch das für unternehmerisches Handeln im öffentlichen Raum notwendige Vertrauen geschaffen. Verbesserungsmöglichkeiten sah der Grüne noch hinsichtlich der Beraterverträge bei den Sparkassen sowie bei der Offenlegung der Ministergehälter.

cw

Vorschläge zur Güte

Abgeordnete diskutieren den nordrhein-westfälischen Beitrag zur Entwicklungshilfe

5. November 2009 – Entwicklungshilfepolitik ist nicht nur Bundessache. Den Ländern komme die Aufgabe als Träger und Rahmgeber für Entwicklungspartnerschaften zu, schreiben die Fraktionen von CDU und FDP in ihrem Antrag (Drs. 14/10015). Der Landtag hat sich im Mai 2008 einstimmig zur Millenniumserklärung der Vereinten Nationen bekannt. In ihr sind Ziele wie der Kampf gegen Armut und Hunger, Grundschulbildung für alle Kinder auf der Welt, ökologische Nachhaltigkeit, die Gleichstellung der Geschlechter und die Bekämpfung von Krankheiten wie Aids oder Malaria festgeschrieben. Aber was ist in NRW konkret zu tun? Die Fraktionen gaben in der Plenardebatte unterschiedliche Antworten.

Der Antrag solle verdeutlichen, dass NRW auch in Zeiten der Wirtschaftskrise zu seiner Verantwortung stehe und CDU wie FDP ihr Engagement in der Entwicklungspolitik konsequent fortsetzen, begründete **Chris Bollenbach** (CDU) die vorliegende Initiative. Allerdings brauche man dafür einen langen Atem. Das Landesengagement solle vor allem Hilfe zur Selbsthilfe sein und sich besonders auf den Bildungsbereich, auf Klimaschutz und Energie beziehen. Außerdem wolle man helfen, geeignete Verwaltungsstrukturen vor Ort aufzubauen, und das Thema Entwicklungspolitik im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger verankern. Eine wichtige Funktion als Brückenbauer schrieb Bollenbach den über 4 Millionen hier lebenden Menschen mit ausländischen Wurzeln zu.

Auch **Christian Lindner** (FDP) nannte Erfolgsbedingungen für Entwicklungspolitik, etwa gute Regierungsführung. Er könne sich beispielsweise nicht vorstellen, „dass wir unsere Entwicklungshilfeanstrengungen gegenüber Ländern, die selbst Menschenrechte nicht achten, weiter intensivieren“. Als Standort vieler wichtiger Institutionen und Hilfswerke habe NRW neben dem hauptzuständigen Bund eine eigene Rolle. Diese erfülle das Land auf der operativen Ebene durch Partnerschaften mit Ghana und mit Mpumalanga, wovon letztere allerdings vermutlich 2010 auslaufe. Konzeptionell

gestalte NRW seine Rolle durch die Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik. Lindner beschrieb NRW als Motor einer Entwicklung in der Entwicklungshilfepolitik der Länder.

„Sie formulieren allgemeine politische Ziele, die wir auch unterstreichen können“, bewertete **Renate Hendricks** (SPD) den Koalitionsantrag – viel Neues stehe aber nicht darin. „Ausgesprochen gut“ gefiel ihr, den UN-Standort Bonn zu stärken. Allerdings kritisierte sie, dass nicht nur Absichtserklärungen, sondern auch entsprechendes Handeln nötig sei, um das eigene Leben zu verändern und Rücksicht zu nehmen. Davon schließlich hänge ein gemeinsames Leben auf der Erde ab. Konkrete Schritte, etwa mehr Produkte aus fairem Handel in Parlament und Ministerien zu verwenden, hätten CDU und FDP aber nicht unternommen. Über den Zeitpunkt, wann die Partnerschaft mit Mpumalanga auslaufe, müsse man noch einmal im Rahmen der Ausschussberatung reden.

„Wir wissen, dass unser westlicher Lebensstil, unser maßloser Ressourcenverbrauch, unsere Art des Wirtschaftens unmittelbar verbunden ist mit dem Hunger und der Armut“, erklärte **Andrea Asch** (Grüne). Genau dieser Zusammenhang werde aber im Antrag ausgeblendet. Über eine Milliarde hungernder Menschen weltweit seien „ein Armutszeugnis für uns alle“. Im Antrag stehe viel Richtiges, allerdings fehle die

Förderung der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit, obwohl der Ministerpräsident diese wichtigste landespolitische Aufgabe mit seiner Unterschrift bestätigt habe. Der Grund dafür offenbare den wesentlichen Makel des Antrags: „All die schönen Worte“ und Zielbeschreibungen seien mit keinem Cent an Haushaltsmitteln unterlegt.

Der Antrag gebe wichtige Impulse für die Ausrichtung der Entwicklungspolitik des Landes, lobte der für Entwicklungspolitik zuständige **Minister Armin Laschet** (CDU). Er merkte allerdings an, wenn man nur noch mit Demokratien und Staaten, die Menschenrechte achteten, zusammenarbeite, werde dies die Entwicklungspolitik beschränken. Man brauche auch Partner außerhalb Europas, um gemeinsam demokratische Entwicklungen von unten zu bewirken. Der Minister wünschte sich, dass auch Städte und Kreise Entwicklungspolitik bis hinein in die kommunalen Strukturen definierten, wie etwa im Kreis Euskirchen. Die Landesregierung selbst wolle verstärkt passende Entwicklungsländer wirtschaftlich mit einbeziehen, sagte der Minister zum Ende seiner Rede zu. sow

Der Antrag (Drs. 14/10015) wurde einstimmig an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Trautes Heim ade?

Hitzige Debatte über die Lage auf dem Wohnungsmarkt

5. November 2009 – Wohnen die Menschen bald bei „Heuschrecken“ zur Miete, wie die Opposition behauptet, oder ist die soziale Wohnraumförderung weiter einer der zentralen politischen Bereiche, wie die Regierungsfractionen und die Landesregierung darstellen? Bei einer Debatte auf Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 14/10019) prallten die Meinungen aufeinander.

„Die Lage auf dem Wohnungsmarkt wird von Woche zu Woche schlechter“, meinte **Norbert Römer** (SPD) und hatte den Schuldigen dafür schnell gefunden: „Das ist die Folge der Politik dieser Landesregierung.“ Sie habe die Rechte der Mieterinnen und Mieter geschwächt, die Vermieterrolle gezielt gestärkt und damit den Boden für Spekulationen und Spekulanten auf dem Wohnungsmarkt bereitet. NRW sei inzwischen zu einem „Eldorado für Heuschrecken“ geworden. Nicht mehr vermietbare Wohnungen seien die traurige Wirklichkeit, ebenso ein verfallenes Wohnumfeld und der Verfall ganzer Stadtteile. Der Verkauf der LEG an „anonyme“ Fondsgesellschaften habe zu schutzlosen Mietern geführt; die Sozialcharta sei ein „Text für das Poesiealbum“. Die geplante Vollintegration des Landeswohnbauvermögens in die NRW.BANK bedeute nunmehr das Ende des sozialen Wohnungsbaus in NRW.

Keine konkreten Beispiele, keine Belege, „totaler Quatsch“. So wertete **Heinz Sahnen** (CDU) die Aussagen seines Vorredners. Der schwarzgelben Landesregierung gehe es erstens darum, den Menschen vernünftige Wohn- und Lebensbedingungen zu erhalten und diese zu verbessern, und zweitens, finanzierbaren Wohnraum und Wohneigentum zu schaffen. „In besonderer Weise denken wir dabei – das will ich ausdrück-

lich sagen – an die Familien mit Kindern.“ Konkret habe man zum Beispiel Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Förderung von „energetischen Sanierungsmaßnahmen“ ins Leben gerufen. Des Weiteren strebe man an, vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung Wohnraum für eine alternde Gesellschaft zu schaffen, und man wolle sich dem Wohnungsbestand aus den Nachkriegsjahren intensiv zuwenden.

„Sie sind auf einem Holzweg“, attackierte **Christoph Rasche** (FDP) die Position und den Antrag der SPD: „Sie verbreiten Unterstellungen, schüren Neid, sorgen für Verunsicherung und verbreiten Ängste.“ Im Gegenteil werde es durch das geplante „Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum“ zu einer Ausweitung der sozialen Wohnraumförderung auf die wohnungsnah soziale Infrastruktur kommen. Hinsichtlich der Sozialwohnungen würden die Mittel zukünftig gezielt und sinnvoll eingesetzt, durch die Integration des Landeswohnbauvermögens in die NRW.BANK würde dieses durch revolutionäre Fonds dauerhaft erhalten, der Mieterschutz sei an bundeseinheitliche Standards angepasst worden, meinte Rasche zu den Vorwürfen der Opposition. Er warnte davor, den privaten Wohnungsbau in NRW in „unsachlicher Art und Weise“ zu diffamieren.

„Eine Politik der sozialen Spaltung“, nannte **Horst Becker** (Grüne) die Beschlüsse der Landesregierung zum Wohnungsbau und warf ihr vor, sie habe erstens durch die Lockerung des Kündigungsschutzes die Mieterinnen und Mieter in NRW schlechter gestellt als in anderen Bundesländern. Zweitens habe die Streichung der Ausgleichsabgabe dazu geführt, dass keine neuen Sozialwohnungen mehr entstanden seien. Drittens habe der Verkauf der LEG mit rund 100.000 Wohnungen zur Folge, dass dort nicht mehr investiert werde. Außerdem gebe es jedes Jahr 40.000 Belegungsrechte für soziale Mietwohnungen weniger. Und die Integration des Wohnungsbauvermögens in die NRW.BANK bedeute weniger Steuerungsmöglichkeiten seitens der Politik. Das Management einer Bank verlaufe eben nach völlig anderen Gesichtspunkten als das der Wohnungswirtschaft, insbesondere bei Sozialwohnungen, so Becker.

Als „nicht zielführend“ wertete **Bauminister Lutz Lienenkämper** (CDU) die SPD-Forderungen. So sei die Absicht der Integration des Wohnungsbauvermögens in die NRW.BANK eben eine Ausweitung des Fördervolumens und der Förderprogrammatik. Die Entscheidung über die Höhe, die fachlichen und regionalen Schwerpunkte des Wohnraumförderungsprogramms treffe auch zukünftig die Landesregierung. Dieses Programm werde zukunftsorientiert weiterentwickelt. So unterstütze das Land energieeffiziente Sanierungsmaßnahmen sowie – mit Blick auf den demografischen Wandel – den Abbau von Barrieren im Wohnungsbestand. Hinsichtlich des Neubaus von Sozialwohnungen würden die Mittel den Kommunen bedarfsgerecht zugewiesen. Lienenkämper betonte, Privatpersonen seien die größte Vermietergruppe auf dem Wohnungsmarkt; Privatinitiative müsse daher gestärkt werden. CW



Lust auf Bildung

Unter dem Motto „klein anfangen – groß rauskommen“ starteten 530 Einrichtungen und Verbände der öffentlich geförderten Weiterbildung in NRW erstmals eine gemeinsame Werbekampagne. Die Fraktionsvorsitzenden aller im Landtag vertretenen Parteien unterstützen die Initiative: Reiner Hammelrath (Gesprächskreis Weiterbildung), Helmut Stahl (CDU), Sylvia Löhrmann (Grüne), Hannelore Kraft (SPD), Dr. Gerhard Papke (FDP), Doris Sandbrink (Gesprächskreis Weiterbildung, v. l.). Foto: Schälte



Foto: Schälte

Ihren Fahrschein, bitte!

Streit über zukünftige Finanzierung von Bus und Bahn

5. Oktober 2009 – *Fahren Busse und Bahn bald auf den Felgen? Aus Sicht der Opposition jedenfalls lebt der Öffentliche Personennahverkehr derzeit von der Substanz; Finanzhilfe sei dringend geboten, wie die Grünen in einem Antrag (Drs. 14/10016) schreiben. Die Landesregierung dagegen verweist auf Fehler der Vorgängerregierung, eigene Erfolge und die Verantwortung des Bundes. Außerdem bereite man sich intensiv auf die Neuverteilung der Mittel vor.*

„Mehr als 2,5 Milliarden Fahrgäste benutzen im Jahr die Busse und Bahnen in Nordrhein-Westfalen.“ **Horst Becker** (Grüne) unterstrich die Bedeutung eines pünktlichen und leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehrs. Er beklagte eine „dramatische“ Fehlentwicklung bei der Finanzausstattung der öffentlichen Verkehrsmittel, da das Land die Kürzungen des Bundes – für NRW zwischen 2006 und 2010 rund 480 Millionen Euro – ungepuffert an die Verkehrsverbünde weitergegeben habe. Diesen fehlten zudem wegen falscher Berechnungen der Schülerbeförderungskosten 160 Millionen Euro. Des Weiteren seien Hunderte von Millionen Euro nötig, um die Substanz zu erhalten. Deshalb und angesichts der anstehenden Neuverteilung der Regionalisierungsmittel des Bundes forderte Becker eine „Zukunftskonzeption Bus und Bahn 2025“.

Als „unzulässige Schlussfolgerungen“ bezeichnete **Bernd Schulte** (CDU) die Aussagen Beckers. Außerdem seien die Kürzungen des Bundes unter grüner Mitverantwortung erfolgt. Auch habe sich die Zahl der zu befördernden Schülerinnen und Schüler verringert; die dafür veranschlagten Mittel seien genauso auskömmlich wie die Gelder für das System insgesamt. Auf die Revision der Mittel des Bundes ab 2014/2015 habe man sich gut vorbereitet. Um eine gemeinschaftliche Positionierung zu formulieren, hätten 13 Bundesländer unter Federführung NRW eine gemeinsame Studie mit dem Verband der Verkehrsunternehmen erstellt. Würden die von den Grünen geforderten Maßnahmen umge-

setzt, bedeute dies eine Schwächung der Verhandlungsposition des Landes gegenüber dem Bund und den übrigen Bundesländern.

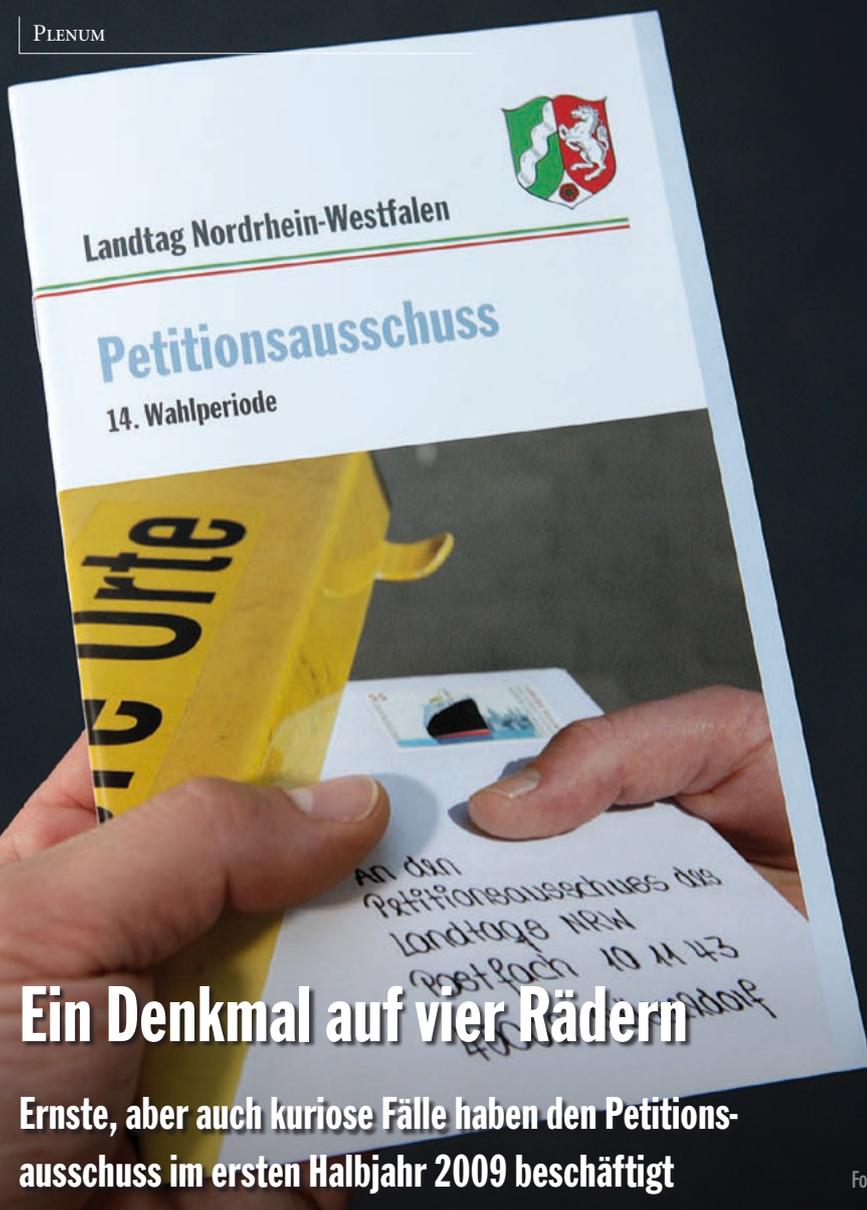
Der Anteil des Landes an den Schülerbeförderungskosten habe unter Rot-Grün bis 2005 bei 160 Millionen Euro gelegen, erläuterte **Bodo Wißen** (SPD). Jetzt betrage er 98 Millionen Euro. In der CDU werde eine Pkw-Maut diskutiert, die SPD sei dagegen für ein Sozialticket. Um den Individualverkehr zurückzudrängen, sei es notwendig, dass die Menschen „gut und günstig“ Busse und Bahnen nutzen könnten. Stattdessen erlebe man seit Amtsantritt der schwarz-gelben Landesregierung Preissteigerungen beim Schienenpersonennahverkehr. Die Staukosten, so Wißen, lägen im Jahr bei bis zu 100 Milliarden Euro. Daher sei es notwendig, beim Nahverkehr auch einmal über den Nutzen zu sprechen. Die gegenwärtige Landesregierung habe sich aber entschieden, ihn zu schwächen und setze stattdessen auf das System Straße.

Nach Meinung von **Christof Rasche** (FDP) ist der Bund für die Finanzierung des Schienenpersonennahverkehrs verantwortlich. Deswegen wäre es ein Irrweg, wenn die Länder hier einspringen würden, meinte er. Im Übrigen sei es gelungen, die Kürzungen durch intelligente Konzepte, effiziente Nahverkehrsangebote, schlankere Strukturen und Effizienzgewinne aufzufangen. In puncto Verteilung der Bundesregionalisierungsmittel stimmte Rasche den Aussagen der Grünen zu; allerdings sei

dieser Schlüssel erarbeitet worden, als sowohl in Berlin als auch in Düsseldorf Rot-Grün regiert hätte. Die aktuelle Landesregierung habe dagegen zum Beispiel den Schüler- und Ausbildungsverkehr durch zweckgerichtete und erhöhte Pauschalmittel abgesichert und den von Rot-Grün angekündigten Rhein-Ruhr-Express verwirklicht.

Sie mache den ÖPNV schlechter, als er in Wirklichkeit sei, warf **Verkehrsminister Lutz Lienenkämper** (CDU) der Opposition vor. Dieser stehe nicht vor dem finanziellen Kollaps, auch wenn man sich über die Kürzungen von Fördermitteln des Bundes nicht freuen könne. Diese seien jedenfalls aufgrund des Widerstands von Nordrhein-Westfalen zum Teil zurückgenommen worden. Lienenkämper verteidigte den Ansatz, die kommenden Gespräche mit dem Bund über die Neuverteilung der Mittel im Schulterschluss mit anderen Bundesländern sowie dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen vorzubereiten. Im Übrigen habe die Landesregierung die Mittel für den Ausbildungsverkehr keineswegs gekürzt, sondern sich schlicht an zurückgegangenen Schülerzahlen sowie dem unterrichtsfreien Samstag orientiert, sagte Lienenkämper. cw

Der Antrag (Drs. 14/10016) wurde einstimmig an den Ausschuss für Bauen und Verkehr – federführend – sowie an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen.



Ein Denkmal auf vier Rädern

Ernste, aber auch kuriose Fälle haben den Petitionsausschuss im ersten Halbjahr 2009 beschäftigt

Foto: Schälte

5. November 2009 – Über 2.300 Petitionen haben den Landtag Nordrhein-Westfalen im ersten Halbjahr 2009 erreicht. Damit ist die Zahl der Petitionen im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2008 um 25 Prozent gestiegen. „Bemerkenswert“ nannte die stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses, Sigrid Beer (Grüne), diese Entwicklung. In der Plenarsitzung stellte sie dem Landtag den Halbjahresbericht des Ausschusses vor und nannte zahlreiche aktuelle Beispiele für Petitionen an das Landesparlament.

Gut ein Drittel der fast 1.800 behandelten Petitionen an den Landtag habe der Ausschuss im ersten Halbjahr erfolgreich im Sinne der Petentinnen und Petenten bearbeiten können, erklärte Beer und hob die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit der Abgeordneten im Petitionsausschuss hervor. Die Schwerpunkte der Petitionsarbeit hätten diesmal in den Bereichen Soziales, Rechtspflege und Betreuung, Schule und Hochschule, im öffentlichen Dienstrecht und im Bereich Bauen und Verkehr gelegen. Dabei sei es in vielen Fällen um finanzielle Fragen und um Probleme mit dem Föderalismus gegangen, wie das Beispiel einer Rechtspflegerin zeige.

Die 50-jährige Frau hatte sich mit einer Petition an den Landtag gewandt, weil sie nach längerer Dienstzeit in Bayern aus familiären Gründen wieder in den Landesdienst von Nordrhein-

Westfalen zurückkehren wollte. Das Land verweigerte ihr jedoch diesen Wechsel, da es die Versorgungslasten der Frau vom Lande Bayern hätte übernehmen müssen. „Wo bleibt der Schutz von Ehe und Familie, wenn ganz gleichgültig und finanztechnokratisch darauf verwiesen wird, dass die Petentin in Bayern arbeiten könne und der Ehemann und Sohn in Nordrhein-Westfalen verbleiben könnten?“, fragte Beer im Plenum. In diesem konkreten Fall treibe der Föderalismus keine Blüten, sondern Stacheln, so die stellvertretende Ausschussvorsitzende. Auch wenn bisher keine Lösung gefunden worden sei, wolle der Petitionsausschuss „nicht lockerlassen“ und sich weiterhin für die Frau einsetzen.

Auch im Falle einer Schülerin führe der Ausschuss weitere Gespräche. Die Eltern des Mädchens hatten in einer Petition beklagt, dass die

diagnostizierte Rechenschwäche ihrer Tochter nicht durch einen „Nachteilsausgleich“ in der Notenvergabe berücksichtigt werde. Hier lohne sich der Blick über die Landesgrenzen hinaus, meinte Beer, denn Länder wie Bayern und Mecklenburg-Vorpommern hätten entsprechende Regelungen zur Notenvergabe für Schülerinnen und Schüler mit nachgewiesener Rechenschwäche gefunden.

BESCHWERDEN ZU BAHNHÖFEN

Die „Not mit der Notdurft“ sei für den Petitionsausschuss ein weiteres Thema gewesen, denn zahlreiche Bürgerinnen und Bürger hätten das Fehlen öffentlicher Toiletten an Bahnhöfen beklagt, so Beer. Der Ausschuss habe erfahren, dass von 690 Bahnhöfen lediglich 47 Bahnhöfe über eine öffentliche Toilettenanlage verfügten. Da viele Fahrgäste alternativlos auf den Öffentlichen Nahverkehr angewiesen seien, müsse die Hygiene an den Bahnhöfen verbessert werden. Dies habe der Petitionsausschuss in Gesprächen mit dem Verkehrsministerium deutlich gemacht.

Mit dem Integrationsministerium setzte sich der Ausschuss im Falle einer Analphabetin in Verbindung, deren Einbürgerung die zuständige Kreisverwaltung bislang verweigerte. Eine Anhörung der Frau, die seit über 20 Jahren mit ihrer Familie in Deutschland lebe, habe jedoch gezeigt, dass sich die Petentin „in einfacher Sprache im täglichen Leben gut bewegen kann“. Zudem habe die Frau zahlreiche soziale Kontakte aufbauen können und aktiv dafür gesorgt, dass sich ihre Kinder in Deutschland „sehr gut entwickeln konnten“. Daher vertrete der Petitionsausschuss gemeinsam mit dem Integrationsministerium die Auffassung, „dass im Rahmen einer differenzierten und begründbaren Bewertung ausnahmsweise die Einbürgerung möglich sein müsse“. Mit einer entsprechenden Bitte habe sich der Ausschuss an das für Einbürgerungsfragen verantwortliche Innenministerium gewandt.

Wie breit und bunt das Spektrum der Petitionen an den Landtag ist, zeigt schließlich ein kurioser Fall, den Beer im Halbjahresbericht erwähnte: Eine Petentin hatte ihr schrottreifes Auto auf der Straße stehen gelassen, bis die örtliche Ordnungsbehörde den Wagen kostenpflichtig entsorgte. Die Frau wollte sich jedoch gegen die Kosten zur Wehr setzen – mit dem Argument, dass ihr Auto eigentlich unter Denkmalschutz hätte gestellt werden müssen. Dieser Argumentation konnte der Petitionsausschuss nicht folgen. Denn dann, so Beer, „würden unsere Straßen vor lauter Denkmälern nur noch verstopft sein“.

SW

Der komplette Halbjahresbericht ist auf den Internetseiten des Landtags (www.landtag.nrw.de) unter der Rubrik Petitionen/Tätigkeitsberichte zu finden.

Vermittlung mit Fingerspitzengefühl

Die Vorsitzende des Petitionsausschusses im Interview

November 2009 – Seit über 40 Jahren setzen sich die Landtagsabgeordneten im nordrhein-westfälischen Petitionsausschuss für die Menschen ein. Der Petitionsausschuss bietet jeder Bürgerin und jedem Bürger die Möglichkeit, sich gegen Ungerechtigkeiten, Benachteiligungen oder ungleiche Behandlung durch staatliche Verwaltungsstellen zu wehren. „Landtag Intern“ sprach mit der Ausschussvorsitzenden, Inge Howe (SPD), über die Ansprüche und Herausforderungen der Petitionsarbeit. „Hier“, stellt sie vorweg klar, „steht der Mensch im Mittelpunkt, nicht die Parteipolitik“. Deshalb entscheide der Ausschuss auch fraktionsübergreifend, nach dem Prinzip der Einstimmigkeit.

Frau Howe, die Zahl der Petitionen ist im vergangenen Halbjahr um 25 Prozent gestiegen. Wie erklären Sie sich diesen Anstieg? Und wo liegen zurzeit die inhaltlichen Schwerpunkte der Petitionsarbeit in Nordrhein-Westfalen?

Howe: Die Steigerung von 25 Prozent ist enorm, so etwas haben wir bisher noch nicht erlebt. Das hängt sicherlich mit den schärfer werdenden gesellschaftlichen Bedingungen zusammen. So ist der Bereich Soziales und Gesundheit inzwischen der größte Bereich. Hier spielen zum Beispiel Hartz IV oder das Schwerbehindertenrecht, aber auch die Einstufung im Pflegefall eine Rolle. Sehr viel zu tun haben wir auch mit Problemen im Bereich der Psychiatrie und des Maßregelvollzugs; hier ist die Unzufriedenheit teilweise bedingt durch eine Zunahme in dem Bereich und die zu geringe Anzahl an stationären Plätzen. Vermehrt tätig sind wir jetzt auch im Bereich der Heimkinder. Ein weiterer Schwerpunkt ist das Baurecht, vor allem im ländlichen Raum.

Auf welchen Wegen kommt denn der Kontakt zu den Menschen an Rhein, Ruhr, Weser und Lippe zustande?

Howe: Einmal im Monat gibt es die Bürgersprechstunde hier im Landtag in Düsseldorf. Zusätzlich laden wir ungefähr vier Mal im Jahr zu einer Bürgersprechstunde vor Ort. Jetzt sind wir im ländlichen Raum tätig, in der Legislaturperiode zuvor waren wir in den großstädtischen Bereichen unterwegs. Und wir bieten Telefonsprechstunden an, in der Regel in Zusammenarbeit mit großen Zeitungen. Positiv kommt an, dass die Bürgerinnen und Bürger persönlich mit den Abgeordneten reden können. Über diese Brücke wird die Distanz zu ‚denen in Düsseldorf‘ ausgehebelt. Dies ist auch eine vertrauensbildende Maßnahme für die Politik insgesamt.

Welche Erfahrungen sammeln Sie, wenn Sie an die Ämter und Behörden im Land herantreten?

Howe: Es geht uns bei einer Beschwerde nicht darum zu entscheiden, wer jetzt schuld ist, sondern wir versuchen immer, den Vermittlungspart zu übernehmen. Unser Ziel ist, zu gemeinsamen Lösungen zu kommen, bei denen niemand sein Gesicht verliert. Denn in der Regel arbeiten die Behörden korrekt. Häufig halten sie sich aber recht streng an die Buchstaben des Gesetzes, um keine Präzedenzfälle zu schaffen. Damit mögliche Spielräume ausgenutzt werden können, empfehlen sie manchmal deshalb auch selbst, den Petitionsausschuss anzurufen. Unserem hochmotivierten und fitten Team von Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern, Juristinnen und Juristen gelingt es dann oft da, wo es Ermessensbereiche gibt, Handlungsspielräume zu finden. Aber natürlich können wir nur im Rahmen der geltenden Gesetze handeln.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat 17 Fachausschüsse. Was motiviert eigentlich die Abgeordneten, sich im Petitionsausschuss zu engagieren?

Inge Howe (SPD)
Foto: Schälte



Howe: Das sind einfach die Erfolgserlebnisse und die Zufriedenheit, die wir von den Bürgerinnen und Bürgern erfahren. Der direkte Kontakt zu den Menschen, die Erfahrung, bei konkreten Problemen zu Lösungen beitragen zu können, eventuell durch Gespräche vor Ort. Wir können in mehr als einem Drittel der Fälle helfen. Selbst wenn das nicht gelingt, wissen die Betroffenen, dass wir uns kümmern und die Sorgen und Nöte der Menschen in den Mittelpunkt stellen.

Gibt es ein Erlebnis, das Sie in Ihrer Funktion als Ausschussvorsitzende persönlich besonders bewegt hat?

Howe: Es gibt natürlich Fälle, die prägen sich ein und gehen einem persönlich nahe. Zum Beispiel der Fall der jungen Frau, die Medizin studieren wollte, den Studienplatz aber aufgrund einer Aids-Infizierung nach einer Vergewaltigung wieder verloren hat. Dann nahm das Ganze seinen Lauf bis dahin, dass sie, da sie natürlich auch keinen Arbeitsplatz fand, obdachlos wurde. Am Ende hatte sie auch kein Geld, Medikamente zu bezahlen. Hier mussten wir einfach helfen und haben alle an einem Strang gezogen. Nun hat sie eine Wohnung,

eine 24-Stunden-Betreuung und so weiter.

Das war ein Extremfall. Aber bei uns gilt jede Petition als sinnvoll. Und jeder, der sich an uns wendet, erhält eine schriftliche Antwort.

SW, SOW, CW

Laufende Gesetzgebung

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/10089	Änderung des Polizeigesetzes des Landes NRW, LR	Vorschlag: Innenausschuss	1. Lesung 2.12.2009
14/10149	Änderung des Landschaftsgesetzes etc., CDU/FDP	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 2.12.2009
14/10145	Änderung des Nachbarrechtsgesetzes, Grüne	Vorschlag: Bauausschuss	1. Lesung 2.12.2009
14/10144	Abschaffung der Studiengebühren, Grüne	Vorschlag: Wissen- schaftsausschuss	1. Lesung 2.12.2009
14/10134	Änderung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes, CDU/SPD/FDP/Grüne		1. und 2. Lesung 2./3.12.2009
14/10125	Abrechnung der Lasten der Deutschen Einheit, LR	Vorschlag: Kom- munausschuss	1. Lesung 3.12.2009
14/10119	Änderung des Gesetzes über Pflichtexemplare, LR	Vorschlag: Kulturausschuss	1. Lesung 3.12.2009
14/10088	Änderung des Landesplanungsgesetzes, LR	Vorschlag: Wirt- schaftsausschuss	1. Lesung 3.12.2009
14/10029	Änderung des Landesjagdgesetzes NRW, LR	Umweltausschuss	2. Lesung am 16./17.12.2009
14/10028	Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts, LR	Kulturausschuss	Beratung am 9.12.2009
14/10027	Schaffung von mehr Transparenz in öffentlichen Unternehmen, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Beratung am 10.12.2009
14/10026	Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung, LR	Hauptausschuss	2. Lesung am 2./3.12.2009
14/9956	Änderung des Bau- und Liegenschaftsbetriebsgesetzes, LR	Haushalts- und Finanzausschuss	Anhörung am 14.1.2010
154/9955	Gesetz über die europäische Verwaltungszusammenarbeit, LR	Ausschuss für Kommunalpolitik	Beratung am 9.12.2009
14/9908	Hochschulgesetz, GRÜNE	Wissenschafts- ausschuss	Experten- beteiligung am 14.1.2010
14/9878	Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes, LR	Rechtsausschuss	2. Lesung am 2./3.12.2009
14/9854	Abschaffung des Wasserentnahmeentgeltes, LR	Umweltausschuss	2. Lesung am 2./3.12.2009
14/9853	Änderung der gesetzl. Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsministeriums, LR	Wirtschafts- ausschuss	Beratung am 9.12.2009

DRS.-NR.	GESETZ/INITIATOR	ZUSTÄNDIGER FACHAUSSCHUSS	GPL. BERATUNGSSCHRITTE
14/9760	Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine, GRÜNE	Umweltausschuss	2. Lesung am 16./17.12.2009
14/9739	Änderung des Landesreisekostengesetzes etc., LR	Haushalts- und Finanzausschuss	2. Lesung 2./3.12.2009
14/9738	EG-Dienstleistungsrichtlinie im Rahmen der Normenprüfung, LR	Wirtschafts- ausschuss	Beratung am 9.12.2009
14/9737	Förderung Erneuerbare Energien im Wärmebereich, LR	Wirtschafts- ausschuss	Beratung am 9.12.2009
14/9736	Modernisierung von Justizgesetzen, LR	Rechtsausschuss	Beratung Anfang 2010
14/9711	Richtlinie über Hafenauf- fangeinrichtungen, LR	Umweltausschuss	2. Lesung am 2./3.12.2009
14/9710	Änderung gesundheitsrechtlicher Vorschriften, LR	Gesundheits- ausschuss	2. Lesung am 2./3.12.2009
14/9709	Änderung der gesetzl. Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums, LR	Innenausschuss	2. Lesung am 2./3.12.2009
14/9702	Gemeindefinanzierungs- gesetz 2010, LR	Haushalts- ausschuss	s. a. 14/9700
14/9701	Mittelfristige Finanzplanung 2009 bis 2013 mit Finanzbericht 2010, LR	Haushalts- ausschuss	s. a. 14/9700
14/9700	Haushaltsgesetz 2010, LR	Haushalts- ausschuss	2. Lesung am 2./3.12.2009 3. Lesung am 16./17.12.2009
14/9417	Änderung des Pressegesetzes, SPD	Hauptausschuss	Beratung steht an
14/9394	Föderalismusreform im Wohnungswesen etc., LR	Bauausschuss	2. Lesung am 2./3.12.2009
14/9393	Änd. des Gesetzes über den „WDR Köln“ und des Landesmediengesetzes, LR	Hauptausschuss	2. Lesung am 2./3.12.2009
14/9386	Modernisierung des Sicherheitsrechts, SPD	Innenausschuss	Beratung Anfang 2010
14/9380	Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2009, LR	Haushalts- ausschuss	2. Lesung 2./3.12.2009
14/9265	Änderung des Landesplanungsgesetzes, GRÜNE	Wirtschafts- ausschuss	Beratung am 9.12.2009
14/8947	Bildung Einheitlicher Ansprechpartner in NRW, LR	Wirtschafts- ausschuss	2. Lesung 2./3.12.2009
14/272	Änderung des Personalvertretungsgesetzes, SPD	Rechtsausschuss	Beratung ruht

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

Abgeschlossene Gesetzgebung – am 4./5. November 2009 im Plenum entschieden

DRS.-NR.	GESETZ	INITIATOR	ABSTIMMUNG IM PLENUM	BESCHLUSS
14/9900	Vereinbarung über die Koordinierungsstelle Magdeburg 2010 bis 2016	LANDESREGIERUNG	2. Lesung am 4.11.2009	angenommen
14/9544	Einrichtung eines nationalen Mechanismus gegen Folter	LANDESREGIERUNG	2. Lesung am 4.11.2009	angenommen
14/9508	Überleitung vom mittleren in den gehobenen Dienst im Justizvollzug	LANDESREGIERUNG	2. Lesung am 4.11.2009	angenommen
14/9395	Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2009/2010 etc.	LANDESREGIERUNG	2. Lesung am 4.11.2009	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. In der elektronischen Fassung unter www.landtagintern.de finden Sie Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.

Mehrausgaben und Kürzungen

Der Haushaltsentwurf 2010 im Kreuzfeuer – Sparen ab 2011?

29. Oktober 2009 – Etwa 53 Milliarden Euro will das Land im nächsten Jahr ausgeben, rund 2 Milliarden Euro weniger als 2009. In einer Öffentlichen Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Anke Brunn, SPD) erörterten Sachverständige aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kommunen und Verbänden sowie Gewerkschaften den Haushaltsentwurf der Landesregierung. Hauptforderungen: mehr Geld für die Kinderbetreuung sowie die Schulen.

Die Kürzungen vergangener Haushaltsperioden sowie das gewachsene Aufgabenspektrum würden durch die geplanten Mehrausgaben im Bereich Kinderbetreuung nicht aufgewogen, kritisierte Gerhard Stranz, Geschäftsführer der Vereinigung der Waldorfkinderergärten. Grundsätzlich basiere das Kinderbildungsgesetz auf veralteten Planungsdaten und sei deshalb unterfinanziert. Bei der Betreuung der unter Dreijährigen sehe der Haushaltsentwurf eine Kürzung der Mittel im Investitionsbereich vor. Um bis 2013 die ausstehenden 80.885 Plätze zu schaffen, seien aber Neubauten notwendig. Es reiche nicht aus, lediglich einen Schlafräum einzurichten, betonte auch Marita Haude von der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege. Horst-Heinrich Gerbrand von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW forderte das Land auf, die vom Bund seit 2009 zur Verfügung gestellten Betriebskostenmittel vollständig an die Städte weiterzuleiten.

Für eine weitere Landesinitiative zur Verbesserung der Ausbildungsplatzsituation sprach sich Guntram Schneider, Landeschef des Deutschen Gewerkschaftsbundes, aus. Als Größenordnung nannte er 50 Millionen Euro. Das Land könne nur dann gestärkt aus der Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgehen, wenn es in Ausbildung investiere.

Auch für den Bildungsbereich forderten die Sachverständigen höhere Ausgaben. So sei das Angebot an ausgebildeten Lehrkräften weit über die klassischen Mangelfächer hinaus nicht mehr ausreichend, berichtete Werner Kerski, Vorsitzender der Gemeinnützigen Gesellschaft Gesamtschulen. Zudem sei der Zeitaufwand für die Schulleitung bisher zu niedrig angesetzt. Allein daraus ergebe sich ein zusätzlicher Bedarf von 1.000 Lehrerstellen. Hinzu komme, dass seit dem Jahr 2005 zwar rund 8.000 neue Stellen entstanden, diese jedoch meist in zusätzlichen Angeboten aufgegangen seien. „Die Schüler-Lehrer-Relation hat sich in vielen Fällen

überhaupt nicht verbessert“, betonte Kerski ähnlich wie Bruno Quernheim vom Verband Bildung und Erziehung NRW. Die gestiegenen Ausgaben für den Bereich Ganztage und die Einrichtung neuer Lehrerstellen seien jedoch positive Signale. Peter Silbernagel, Vorsitzender des Philologen-Verbandes NRW, begrüßte den hohen Stellenwert, den der Etat für Schule und Weiterbildung mit einem Anteil von 26,2 Prozent im Haushaltsentwurf einnehme. Gleichzeitig warnte er allerdings vor einer „Entprofessionalisierung“ des Lehrberufs, die mit den derzeitigen Quereinsteiger-Maßnahmen einhergehe.

VERLÄSSLICHE BASIS SCHAFFEN

Seine Organisation müsse nun ihr Angebot verringern, kommentierte Stefan Klett vom Landessportbund vorgesehene Kürzungen von 1,6 Millionen Euro. Vor dem Hintergrund schwankender Lottereeinnahmen forderte

Klett eine „verlässliche Basis“ ab 2011. Wie der Sportbund hätten auch viele Städte in den vergangenen Jahren Personal einsparen müssen, ergänzte Matthias Menzel von den kommunalen Spitzenverbänden.

Meinolf Guntermann, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes NRW, forderte eine Nachbesserung des Haushaltsentwurfs hinsichtlich der Personalausstattung im öffentlichen Dienst, insbesondere mit Blick auf den Bedarf an Nachwuchskräften.

Thematisiert wurden auch mögliche Steuerersenkungen durch die neue Bundesregierung. Guntram Schneider vom DGB rechnete bei einer Umsetzung der Pläne mit Mindereinnahmen für das Land von rund 850 Millionen Euro. Verlierer wären vor allem die Städte. Michael Boeckhaus vom Bund der Steuerzahler plädierte hingegen für mehr Gelassenheit. „Abzuwarten ist, was im November bei der Steuerschätzung herauskommt.“ Aufgrund der Krise sei aber sicher mit Steuermindereinnahmen zu rechnen. Die angesetzte Nettoneuverschuldung von 6,6 Milliarden Euro im Jahr 2010 sei demnach angemessen und ökonomisch richtig (2009: 5,9 Milliarden Euro). Sobald die Krise überwunden sei, müsse das oberste Ziel dann aber wieder heißen: Haushaltskonsolidierung.

Daniela Braun

Die 2. Lesung im Landtag ist für die Plenarsitzungen am 2./3. Dezember, die 3. Lesung für den 16./17. Dezember 2009 vorgesehen. Weitere Informationen auf www.landtag.nrw.de.

Foto: Schälte



+++ Meldungen +++

**Innenausschuss berät
Umgang mit Rockerbanden**

12. November 2009 – Wie mit den gewalttätigen Auseinandersetzungen der rivalisierenden Rockerbanden „Hells Angels“ und „Bandidos“ umzugehen sei, darüber berieten die Mitglieder des **Innenausschusses** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU). Dr. Karsten Rudolph (SPD) beklagte einen rechtsfreien Raum, was Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) scharf zurückwies. Rudolphs Forderung, ein Vereinsverbot der Rockerbanden zu prüfen, hielt der Minister für aussichtslos und wenig sinnvoll, weil ein Verbot nichts gegen die Gewaltbereitschaft in den Köpfen ausrichten könne und zudem rechtlich nur sehr schwierig umzusetzen sei. Für wichtiger hielt Horst Engel (FDP) die Botschaft: „Wir behalten euch im Auge.“ Monika Düker (Grüne), die auf die Verbotsforderung des CDU-Generalsekretärs verwies, vermisste eine einheitliche Haltung der Landesregierung. Die Forderung nach einem Vereinsverbot verunsichere die Bevölkerung. Stattdessen komme es auf effektive Strafverfolgung und Gefahrenabwehr an.

**Opel: NRW soll eigene
Interessen verfolgen**

11. November 2009 – „Wie geht es nach der Entscheidung von GM weiter?“ In einer Aktuellen Viertelstunde zeigten sich die Abgeordneten des **Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Franz-Josef Knieps, CDU) überrascht über die aus Amerika verkündete Wende hinsichtlich der zukünftigen Unternehmensstrategie des Autoriesen. Im Grundsatz einig waren sich die Parteien darüber, dass Nordrhein-Westfalen seine eigenen Interessen verfolgen müsse. Unterschiedliche Auffassungen gab es in der Bewertung, wie es überhaupt zu diesem Punkt habe kommen können bzw. was NRW nun präzise einfordern müsse.

**Verkehrsminister fordert
Aufbauprogramm West**

12. November 2009 – Auf fast 76.300 Kilometern staute sich der Verkehr auf nordrhein-westfälischen Straßen im vergangenen Jahr, berichtete Verkehrsminister Lutz Lienenkämper (CDU) im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (stellver-

tretender Vorsitz Bernhard Schemmer, CDU). Die Situation auf den Straßen habe sich leicht verbessert. So habe noch im Jahr 2004 die Gesamtstaulänge über 79.000 Kilometer betragen. Lienenkämper machte jedoch zugleich deutlich, dass weitere Maßnahmen zur Staubeämpfung notwendig seien und sah in dieser Frage auch den Bund in der Pflicht. Er forderte, über ein „Aufbauprogramm West“ das Straßennetz in den alten Bundesländern ähnlich wie in den neuen Bundesländern qualitativ auszubessern und auszubauen. Das hielten die Oppositionsfractionen für nicht ausreichend. So forderte



Illustration: Peter Flock

beispielsweise Horst Becker (Grüne) den Verkehrsminister auf, sich mehr für den Güterverkehr auf der Schiene einzusetzen, während Rainer Bischoff (SPD) die Stau-Offensive der Landesregierung als „erfolglos“ kritisierte. Für die FDP hob Christof Rasche den Beitrag einer ausgewogenen Verkehrsplanung für Arbeit und wirtschaftliches Wachstum in NRW hervor. Es sei Ziel der Landesregierung, gleichermaßen in alle Verkehrsträger zu investieren.

Lust auf Milch machen

25. November – Milchbauern brauchen faire Preise. Über diesen Punkt waren sich Regierungsfractionen und Opposition bei einer Diskussion im **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) einig. Wie dies sichergestellt werden könne, war wiederum Gegenstand einer kontroversen Diskussion. Die Grünen plädierten in einem Antrag (Drs. 14/9069) für

eine niedrigere EU-Milchmengenquote und dafür, die Molkerei-Saldierung in Deutschland auszusetzen. Regionale Marken bzw. Bioprodukte seien zu fördern und erschließen. Diesem Ansatz stimmte die SPD in ihrer Argumentation zu. CDU und FDP dagegen unterstützten in ihrem Antrag die Liquiditätshilfen der Landesregierung als Sofortmaßnahme. Grundsätzlich warnten sie davor, sich von europäischen Regelungen bzw. vom Weltmarkt abzukoppeln; damit verbaue man sich Absatzmärkte. Richtig seien vielmehr die Strategien von Unternehmen und Verbänden, um mehr Menschen „Lust auf Milch“ und „gesunde Produkte mit qualitativ hochwertiger Milch“ aus Deutschland zu machen. Die Verwendung von Milcheratzstoffen müsse eindeutig gekennzeichnet werden. Dieser Antrag (Drs. 14/9257) wurde vom Ausschuss mit Mehrheit der Regierungsfractionen angenommen.

Ehrenamt in Schule und Kita

Viele Menschen engagieren sich in Bildungseinrichtungen ehrenamtlich. Diejenigen, die einen Eimer Farbe spenden, könnten dies von der Steuer absetzen, die anderen jedoch, die die Farbe an die Wand brächten, nicht, kritisierte die SPD-Fraktion und forderte eine Bundesratsinitiative zur steuerliche Gleichbehandlung von Zeit- und Sachspenden. In der Diskussion im **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** (Vorsitz Andrea Milz, CDU) signalisierte Ralf Witzel (FDP) Sympathie für das Grundanliegen, schlug aber anstelle der Bundesratsinitiative vor, die Idee in die Bundesberatungen zu einer Steuerreform einzusetzen. Ursula Doppmeier kritisierte für die CDU, der Bildungsbereich dürfe nicht herausgehoben werden. Stattdessen gelte es, das Ehrenamt insgesamt aufzuwerten und über neue Formen nachzudenken. Man müsse eine einheitliche Vorgehensweise für Land bzw. Bund beim Ehrenamt anstreben. Die Herausstellung eines Tätigkeitsfeldes für ehrenamtliches Engagement fand auch Andrea Asch (Grüne) nicht sinnvoll. Anstatt auf bundesweite Regelungen zu warten, könne NRW dem pragmatischen Beispiel Sachsen folgen. Dort seien bis zu 40 Euro pro Monat für ehrenamtliche Tätigkeiten steuerlich absetzbar. Der SPD-Antrag (Drs. 14/7667) wurde mehrheitlich abgelehnt.



Sparvorschläge erwünscht

Anhörungen über Einheitslasten und Gemeindefinanzierungsgesetz

Blick in die Expertenrunde
Foto: Schälte

23. November 2009 – Gleich zweimal standen die Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände dem Haushaltsausschuss Rede und Antwort: zum einen bei einer Anhörung über das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2009; hier ging es schwerpunktmäßig um die Frage der Beteiligung der Kommunen an der Finanzierung der Deutschen Einheit. Zum anderen bei einer Anhörung über den Landeshaushalt und die Gemeindefinanzierung 2010.

Die Folgekosten der Deutschen Einheit: Wie hoch sind sie, und wer soll sie in welcher Höhe schultern? Über diese Frage gibt es – zumindest mit Blick auf die Zeit ab 2007 – unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Land und den Kommunen. Letztere wurden bei der Anhörung durch Dr. Dörte Diemert (Städtetag NRW), Claus Hamacher (Städte- und Gemeindebund NRW) sowie Dr. Christian von Kraack (Landkreistag NRW) vertreten.

Sie betonten das Ziel, eine dauerhaft tragfähige, sachgerechte und den jeweiligen Interessen Rechnung tragende Lösung zu finden. Übereinstimmung zwischen Land und Kommunen gebe es für den Zeitraum bis 2006; insbesondere auch deshalb, weil das Land für das Haushaltsjahr 2006 einem Urteil des NRW-Verfassungsgerichtshofs folge. Die Problematik liege in der Zeit danach: Erstens stimmen die Kommunen der seit 2007 geänderten Berechnungsmethode zur Ermittlung der Lasten der Einheit nicht zu (die aufseiten des Landes auf einem Gutachten von Professor Dr. Thomas Lenk, Universität Leipzig, basiere). Demnach hätten sie 2007 „nur“ rund 78 Millionen Euro und 2008 rund 140 Millionen Euro zuviel gezahlt. Nach eigenen Berechnungen kämen sie aber auf 344 Millionen Euro für 2007 bzw. 406 Millionen Euro für 2008, und diese Problematik könnte sich bis 2019 fortsetzen. In der Anhörung warfen Diemert, Hamacher und Kraack denn auch die Frage auf, inwiefern der zum Jahr 2007 vorgenommene „Systemwechsel“ sachlich begründet

werden könne. Als Kompromiss boten sie an, die Jahre 2007 und 2008 auf der Grundlage der Berechnung von 2006 abzurechnen.

Zweitens stellten sie – unter Berufung auf ein Gutachten von Professor Dr. Gisela Färber – grundsätzlich infrage, dass Kosten, die ausschließlich der Deutschen Einheit zuzurechnen sind, heute noch gesondert identifiziert werden könnten. Im vereinigten Deutschland könne doch für die strukturschwachen Länder – zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt – der normale Länderfinanzausgleich wirken. Eine ähnliche Argumentation vertrat in der Anhörung auch Professor Dr. Martin Junkernheinrich (Universität Kaiserslautern).

Die Grünen erklärten, diese Debatte vertiefen zu wollen. Dementsprechend werden weitere Beratungen bzw. Anhörungen zum Einheitslastenabrechnungsgesetz folgen.

STEUERSENKUNG „AUF PUMP“?

Im Mittelpunkt der Anhörung über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 stand die Frage, welche Auswirkungen das von der Bundesregierung angekündigte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ auf Länder und Kommunen haben werde. Aufgrund der angekündigten Änderungen an Erbschaft-, Unternehmen-, Mehrwert- und Einkommensteuer seien Ausfälle in Milliardenhöhe zu erwarten. Partei-

übergreifend wurde damit gerechnet, dass der Landeshaushalt mit rund 885 Millionen Euro belastet würde. Gegen eine „Steuersenkung auf Pump“ wandte sich Dr. Rainer Kambeck vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI). Zunächst einmal müsse damit gerechnet werden, dass die durch ein mögliches höheres Wirtschaftswachstum erbrachten Mehreinnahmen die Ausgaben nur zu rund 40 Prozent abdeckten. Da es zur derzeitigen Ausgabenpolitik keine Alternative gebe, müssten ab 2011 die öffentlichen Haushalte durch Sparmaßnahmen konsolidiert werden. In diesem Zusammenhang wandte sich Michael Boeckhaus (Bund der Steuerzahler) gegen ein drittes Konjunkturpaket mit konkreten Projekten; Steuersenkungen wirkten schneller und effektiver.

Auch die kommunalen Spitzenverbände gingen in der Anhörung davon aus, dass die Auswirkungen des geplanten Gesetzes erst 2011 sichtbar würden; sie rechneten mit Einnahmeausfällen von rund 350 Millionen Euro. Hinzu kämen die krisenbedingten Ausfälle beim Gewerbesteuererwerb von bis zu 2 Milliarden Euro sowie Steuerausfälle von 300 Millionen Euro durch das Bürgerentlastungsgesetz (Abzugsfähigkeit der Krankenversicherungsbeiträge). Des Weiteren werde die vereinbarte Schuldengrenze ab 2020 bald erste Vorboten zeigen. Ihr Fazit: Sollte alles so eintreten, bleibe den Kommunen nichts anderes übrig, als Leistungen einzuschränken.

cw

CDU/CSU-Europaexperten tagten im Düsseldorfer Landtag

Die europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen haben im Düsseldorfer Landtag erneut über aktuelle europapolitische Themen beraten. Dabei konnten sie sich auch mit den nordrhein-westfälischen Ministern Andreas Krautscheid und Christa Thoben sowie dem Europaabgeordneten Herbert Reul austauschen. Die CDU/CSU-Europaexperten sprachen unter anderem über die Zukunft der europäischen Struktur- und Kohäsionspolitik, Energie und Klimaschutz sowie den Themenkomplex Integration. Im Zentrum der Diskussionen standen allerdings die Auswirkungen des Vertrags von Lissabon auf die Bundesländer und die Landesparlamente.



„Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern den Mehrwert Europas verdeutlichen und neue, innovative Projekte in Europa anstoßen – beispielsweise im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Als gewählte Volksvertreter werden wir zugleich darauf achten, dass bei Initiativen der Europäischen Union immer auch die Interessen unserer Länder berücksichtigt werden. Kurzum: Wir wollen sowohl Motor als auch Wächter der europäischen Integration sein“, so das durchweg positive Tagungs-Fazit der europapolitischen Sprecherin der nordrhein-westfälischen CDU-Landtagsfraktion, Ilka von Boeselager (Foto).

Der Vertrag von Lissabon, für den auch die CDU-Landtagsfraktion intensiv geworben hat,

ist nach langen Verhandlungen am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten. Er stärkt den europäischen Regionen deutlich den Rücken und sorgt für eine klarere Abgrenzung der Zuständigkeiten und Kompetenzen von europäischer, nationaler und regionaler Ebene. Dazu sieht er auch verbesserte Mitwirkungs- und Kontrollbefugnisse des Bundesrats im Rahmen des sogenannten „Subsidiaritätsfrühwarnsystems“ und des Klagerechts vor dem Europäischen Gerichtshof vor.

„Wir wollen die Weichen dafür stellen, dass auch die Landesparlamente in die entsprechenden Entscheidungsprozesse eingebunden werden, ohne den nötigen Gestaltungsspielraum der Landesregierungen unangemessen einzuschränken. Darüber hinaus hoffe ich, dass, nachdem wir uns in Europa in den letzten Jahren sehr mit institutionellen Fragen beschäftigt haben, nun wieder verstärkt die inhaltliche Gestaltung der europäischen Integration im Mittelpunkt steht“, so von Boeselager. ■

Freimuth: Freie Theater- und Tanzszene in NRW stärken

Die FDP-Fraktion möchte die freie Theater- und Tanzszene als Ort der Kreativität stärken. Angela Freimuth (Foto), kulturpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion und Landtagsvizepräsidentin: „Die freie Theater- und Tanzszene ist ein bedeutender Bestandteil der Theaterlandschaft NRW und bereichert das künstlerische Angebot.“ Die mehr als 100 Ensembles und rund 80 Einzelkünstler haben sich in den vergangenen Jahren deutlich professionalisiert und profiliert. Durch Kreativität sowie innovative und experimentelle Darbietungen werden verschiedene Formen der Darstellung kombiniert und neue theatralische und spartenübergreifende Kunstformen geschaffen. Die freie Szene bereichert das künstlerische Angebot in Nordrhein-Westfalen, beinhaltet aber auch einen wichtigen sozialen Beitrag. „Menschen verschiedener Kulturen, Alter und sozialer Schichten arbeiten in den vielfältigen Projekten zusammen. Dadurch gewinnt das künstlerische Schaffen

gleichzeitig eine wichtige soziale Dimension“, erläutert Angela Freimuth.

Dieses Potenzial zum gesellschaftlichen Dialog und sozialen Engagement würdigt die FDP-Landtagsfraktion. Die Arbeit der freien Theater- und Tanzszene ist sowohl national als auch international geprägt und umfasst häufig auch Gastspiele, die mit hohem organisatorischen Aufwand verbunden sind. Häufig stehen die Ensembles der freien Szene aber vor besonderen Herausforderungen, da ihnen meistens weder eine feste Spielstätte, noch ein Verwaltungsapparat, Proberäume oder Personal zur Verfügung stehen. „Wir möchten die positive Entwicklung der freien Szene weiter vorantreiben“, betont die Kultur-Expertin. Die FDP fordert die Landesregierung daher auf, ab 2011 eine grundsätzliche Neukonzeption der freien Theaterförderung zu erarbeiten. „Langfristiges Ziel ist eine qualitative Verbesserung der Rahmenbedingungen für die künstlerische Produktion und Präsentation“, erläutert



Freimuth. „Bereits 2010 wollen wir drei Theaterzentren im Rheinland, Westfalen und Ruhrgebiet als wichtige Produktionshäuser stärken und fördern.“ ■



DIE LANDTAGSFRAKTION



Zahlreiche NRW-Städte stehen vor der Pleite



Steigende Sozialausgaben, wegbrechende Steuereinnahmen und eine dramatische Verschuldung kennzeichnen die Finanzlage zahlreicher Städte in Nordrhein-Westfalen. Obwohl nach der jüngsten Steuerschätzung sich die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise für die Kommunen weiter dramatisch zuspitzen, verschärfen die schwarz-gelben Koalitionen im Land und im Bund noch die Probleme. Viele Städte werden weitere Steuerverluste durch die geplanten Steuersenkungen der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung auf keinen Fall verkraften können. Hinzu kommt die immer schlechtere Finanzausstattung durch das Land. Die CDU/FDP-Koalition in Düsseldorf hat den Kommunen seit 2006 insgesamt 2,1 Milliarden Euro gekürzt oder vorenthalten. Dazu kommen noch 900 Millionen Euro an Aufbau-Ost-Geldern, die Schwarz-Gelb den Kommunen zu viel abgeklopft hat. Neben diesen fehlenden drei Milliarden Euro will die Regierung Rüttgers die Mittel, die den Städten und Gemeinden auf-

grund des Gemeindefinanzierungsgesetzes zu stehen, im kommenden Jahr um 375 Millionen Euro kürzen (minus 4,7 Prozent im Vergleich zu 2009).

Der NRW-Städtetag hat ausgerechnet, dass der Schuldenberg der Städte und Gemeinden inzwischen auf 16 Milliarden Euro angestiegen ist, und dringende Hilfe des Landes bei der Entschuldung der Kommunen gefordert. Bei einer Umfrage meldeten nur noch 35 der 355 Mitgliedskommunen des NRW-Städtetages einen strukturell ausgeglichenen Haushalt für das Jahr 2009. Das sind weniger als zehn Prozent. Der Deutsche Gewerkschaftsbund kritisierte bereits die schwarz-gelbe Landesregierung, weil sie die Hilferufe weiterhin ignoriert.

Die Kommunen leiden darüber hinaus seit Jahren unter den immens gestiegenen Soziallasten, die der Bund auf sie abwälzt, und den Belastungen durch den Solidarpakt Ost. Die Landesregierung hat eine Fürsorgepflicht und Wächterrolle im Bundesrat gegenüber

ihren Kommunen. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers wird dieser Aufgabe aber in keiner Weise gerecht. Schlimmer noch: Er stimmt nicht nur in Berlin den Belastungen für die NRW-Kommunen zu, sondern halst ihnen im eigenen Land zusätzliche Aufgaben auf, die die Kommunen aus eigener Kraft gar nicht mehr schultern können.

Die Landesregierung muss endlich ihre Verweigerungshaltung aufgeben und den Kommunen in dieser aussichtslosen Lage helfen. Dazu gehört eine dringend notwendige Entlastung bei den Altschulden. Die SPD-Fraktion hat mit dem ‚Stärkungspakt Stadtfinanzen‘ ein Konzept vorgelegt, das den berechtigten Forderungen der Städte entspricht. Wenn jetzt nicht gehandelt wird, ist die Landesregierung für die Zerstörung der kommunalen Infrastruktur verantwortlich. Jedes geschlossene Theater, jede geschlossene Bibliothek und jede geschlossene Jugendeinrichtung geht dann auf die Rechnung von Ministerpräsident Rüttgers. ■

Bildungsstreik – Studierende ernst nehmen



Nach dem ersten Bildungsstreik vor den Sommerferien läuft seit einigen Wochen die zweite Protestwelle durch die Hochschulen in NRW und ganz Deutschland. Dabei zielen die Forderungen der Studierenden erneut auf zwei wesentliche Aspekte: Zum einen auf eine Verbesserung der Studienbedingungen und zum anderen die Abschaffung der von der schwarz-gelben Landesregierung eingeführten allgemeinen Studiengebühren. Doch statt diese Proteste als Impulse für notwendige Reformen aufzunehmen, verhöhnt Minister Pinkwart die Studierenden als „eine Handvoll Krawallmacher“ und schiebt ansonsten den schwarzen Peter an die Hochschulen weiter.

Wie konnte ein Prozess so aus dem Ruder laufen, der vor zehn Jahren in Bologna mit so viel positiven Erwartungen ins Leben gerufen wurde? Ziel war es unter anderem, die Mobilität für Studierende und Lehrende zu erhöhen und die Anerkennung von Studienabschlüssen und Studienleistungen zu verbessern. Zudem sollten die Studierenden enger in die Reformprozesse an den Hochschulen einbezogen werden. Doch leider haben sich bis heute viele dieser Erwar-

tungen nicht erfüllt. Zwar sind inzwischen fast alle Studiengänge an den Hochschulen in NRW auf das internationale Bachelor-Master-System umgestellt. Das Studium selbst allerdings ist aber hochgradig verschult und verhindert eigenverantwortliches, forschendes Lernen; statt neuer Lehr- und Lernformen gibt es dauerhaften Klausurenstress. Und als ob all dies noch nicht genug wäre: Seit 2006 müssen die Studierenden in NRW dank der schwarz-gelben Landesregierung für überfüllte Hörsäle und schlechte Studienbedingungen auch noch bis zu 1.000 Euro Studiengebühren pro Jahr bezahlen.

Die Grüne Fraktionsvorsitzende Sylvia Löhrmann kommentiert die Situation so: „Die Landesregierung muss endlich erkennen, dass ihr Experiment ‚Privat vor Staat‘ an den Hochschulen ge-

scheitert ist. Minister Pinkwart muss Verantwortung für die Entwicklung der Hochschulen übernehmen. Wir fordern deshalb eine landesweite Reformkonferenz mit allen Beteiligten sowie die Abschaffung der Studiengebühren!“ Die Grüne Landtagsfraktion hat die Proteste

der Studierenden von Anfang an unterstützt und begleitet, etwa mit der Veranstaltung „10 Jahre nach Bologna – Bachelor und Master auf dem Prüfstand“ im Mai 2009, verschiedenen Anträgen zum Bildungsstreik oder dem aktuellen Gesetzentwurf für ein „Studiengebühren-Abschaffungsgesetz“. Weitere Informationen dazu finden sich auf der Homepage der Landtagsfraktion: www.gruene.landtag.nrw.de. ■



Reform der Reform?

Hochschulen räumen Mängel bei Bachelor- und Masterstudiengängen ein

Foto: Schälte

26. November 2009 – Mit den landesweiten Protesten von Studierenden an Hochschulen beschäftigten sich in einer Sondersitzung des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Ewald Groth, Grüne) Fachleute, Abgeordnete und der Wissenschaftsminister.

Prof. Dr. Axel Freimuth (Landesrektorenkonferenz der NRW-Universitäten) erklärte, die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge sei, nicht zuletzt im Hinblick auf die im internationalen Vergleich zu langen Studienzeiten, der richtige Schritt gewesen. Erste empirische Ergebnisse und Umfragen zeigten bereits sichtbare Erfolge bei der Verkürzung der Studienzzeit und der Akzeptanz der Absolventinnen und Absolventen auf dem Arbeitsmarkt. Gleichzeitig räumte er ein: „Es läuft noch nicht alles so, wie wir es uns vorstellen.“ Insbesondere die Betreuungsrelation schneide im europäischen Vergleich schlecht ab. Reformbedarf gebe es bei einigen Studiengängen etwa bezüglich der Prüfungsdichte und Anwesenheitspflicht. Bis zum Ende des Wintersemesters solle unter intensiver Einbindung der Studierenden eine erste Bilanz gezogen werden, wo in den einzelnen Fachbereichen nachgebessert werden müsse.

UNIVERSITÄTEN UND FACHHOCHSCHULEN

Prof. Dr. Beate Rennen-Allhoff (Landesrektorenkonferenz der NRW-Fachhochschulen) berichtete, dass viele Studierende an den Fachhochschulen zufrieden seien, auch weil sie ein größeres Mitbestimmungsrecht hätten. Größter Kritikpunkt bei den Protesten seien die Studienbeiträge gewesen. Insgesamt habe die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge zu weniger Problemen als an den Universitäten geführt, da diese an den Fachhochschulen bereits vorher stärker durchstrukturiert und enger

mit der Praxis verknüpft gewesen seien. Generell müsse man die Umstellung der Studiengänge als kontinuierlichen Verbesserungsprozess betrachten. Eine Distanzierung vom Bologna-Prozess wäre „fatal“, meinte sie. Für eine Verbesserung der Studienbedingungen sei eine differenzierte Betrachtung notwendig. Nicht alle Probleme könnten auf die Bologna-Reform zurückgeführt werden.

Hilmar Schulz (Landes-ASten-Treffen NRW) forderte dagegen eine Entzerrung der Studiengänge, die Klausurdichte beispielsweise an der Hochschule Niederrhein sei „unzumutbar“. Weiterhin müsse die Politik Rahmenbedingungen für einen Ausbau der Masterstudienplätze schaffen. Zudem gebe es auch zehn Jahre nach Bologna keine internationale Mobilität der Studierenden. Eine Anerkennung der im Ausland erworbenen Studienleistungen sei nicht sichergestellt. Durch die Anwesenheitspflicht werde die Flexibilität der Studierenden weiter eingeschränkt. Viele müssten sich jedoch neben dem Studium mit zwei bis drei Nebenjobs Studiengebühren und Lebensunterhalt verdienen.

Johann-Wolfgang Schoop (AStA Universität Bonn) forderte klarere Entscheidungsstrukturen an den Hochschulen. Insgesamt müssten Probleme schneller und effizienter im Sinne der Studierenden gelöst werden. Auch er kritisierte, Freiräume für Studienschwerpunkte und Forschung würden durch die Anwesenheitspflicht behindert. Heftige Kritik übte Schoop auch an den Professorinnen und Professoren. Viele seien mehr an ihrer Reputation als an ihrem Lehrerefolg interessiert. Einige hielten jahrelang

dieselben Vorlesungen und bereiteten sich kaum auf ihre Veranstaltungen vor. Wünschenswert sei daher ein „echter“ Wettbewerb zwischen den Universitäten, fokussiert auf die Qualität der Lehre.

SCHNELLE VERBESSERUNGEN

Wissenschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (FDP) betonte, Ziel aller Beteiligten sei, Studienbedingungen und Lehre zu verbessern. Seit der Regierungsübernahme 2005 hätten sich die Rahmenbedingungen bereits „deutlich verbessert“. Den Hochschulen in NRW stünden 600 Millionen Euro mehr als in 2005 zur Verfügung. Mit den Mitteln aus Studienbeiträgen und dem Hochschulpakt sei dauerhaft genügend Geld für einen „spürbaren Zuwachs der Stellen“ vorhanden. Der Gestaltungsspielraum der Hochschulen sei dank des 2006 verabschiedeten Hochschulfreiheitsgesetzes nirgends so groß wie in NRW. Pinkwart begrüßte das Vorhaben der NRW-Universitäten, bestehende Probleme noch bis zum Ende des laufenden Wintersemesters zu erheben. Aufgrund der Ausnahmegenehmigung des Wissenschaftsministeriums könnten konkrete Verbesserungen, wie etwa die Verringerung der Prüfungslasten in einzelnen Studiengängen, noch im laufenden Semester umgesetzt werden. Über das Ergebnis der Erhebung der Landesrektorenkonferenzen und daraus resultierenden Verbesserungen solle der Ausschuss zeitnah informiert werden. *Anica Bömk*

Porträt: Ursula Doppmeier (CDU)



Die Probleme und Sorgen einer alleinerziehenden Mutter und berufstätigen Frau kennt Ursula Doppmeier aus eigener Erfahrung. 1992 starb ihr Mann Hubert, Landtagsabgeordneter von 1980 bis 1990 und ab 1990 Mitglied des Bundestags. Die damals 40-jährige Realschullehrerin mit vier Kindern im Alter zwischen zwei und zwölf Jahren musste sehen, wie sie allein zurecht kam. Die Rettung in der Not war ihre Mutter. Die Oma zog ins Haus nach Gütersloh und kümmerte sich um die Kinder, Ursula Doppmeier konnte weiter ihrem Beruf nachgehen, seit 2000 sogar als CDU-Landtagsabgeordnete in Düsseldorf.

Bis zum frühen Tod ihres Mannes hatten die Doppmeiers eine Ehe nach klassischem Muster geführt: Der Jurist und engagierte CDU-Politiker stand im Partei- und Berufsleben, die junge Frau kümmerte sich um Haushalt und Kinder. Durch Hubert Doppmeier war Ursula auch zur Politik gestoßen. Sie hatte ihn während des Studiums in Münster kennengelernt, war in den Ring christlich-demokratischer Studenten RCDS eingetreten und nach Abschluss ihres Lehrerstudiums auch in die CDU.

Die Entscheidung, nicht nur als passives Mitglied brav die Beiträge zu entrichten, sondern sich aktiv in der Politik zu engagieren, hing in den 90er-Jahren mit ihrer neuen Rolle als alleinerziehende Mutter und den damit verbundenen Schwierigkeiten und Nachteilen zusammen. Den Ausschlag gab ein eher banaler Vorfall: In einem Spaßbad wollte man ihr und den vier Kinder eine günstige Familienkarte verweigern, weil kein Vater dabei war. Sie engagierte sich in der Frauen-Union im heimischen Gütersloh, übernahm 1997 den Vorsitz dessen Kreisverbands. Und als 2000 die CDU einen Kandidaten für einen der drei Wahlkreise des Kreises Gütersloh suchte, fiel die Wahl der Westfalen auf die im rheinischen Langenfeld geborene Lehrerin.

Das Thema Frauenpolitik ist Doppmeier bis heute nicht los geworden. In ihrer zweiten Legislaturperiode wurde sie zur stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Fraktion gewählt mit

den Zuständigkeiten für diesen Bereich sowie für Familienpolitik, Generationsfragen und Integration. Weil sie weiß, wie schwer sie es in den 90er-Jahren hatte, ihre Aufgaben als Mutter und ihre Tätigkeit als Lehrerin an einer Realschule unter einen Hut zu bringen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in ihren Augen nach wie vor eines der größten und drängendsten Probleme. Dabei sieht sie nicht nur die Wirtschaft in der Pflicht, „wir müssen als Politiker die Strukturen schaffen, damit alleinerziehende Mütter und Väter arbeiten und sich um die Kinder kümmern können“, etwa durch ausreichende Angebote zur Kinderbetreuung oder familienfreundliche Arbeitszeiten. Oft seien es kleine Maßnahmen mit wenig Aufwand, die trotzdem viel bewirkten und sich in großen Unternehmen ebenso unkompliziert umsetzen ließen wie in Klein- und Mittelbetrieben. So etwa die Anpassung der Arbeitszeiten an die Fahrpläne von Bussen und Bahnen, die Schaffung von Telearbeitsplätzen oder die Organisation eines Notfalldiensts, wenn einmal die regelmäßige Kinderbetreuung plötzlich ausfällt.

Gute Beispiele müssten publik gemacht werden, sagt Doppmeier und hält der Wirtschaft vor, Familienfreundlichkeit im Betrieb werde zunehmend zu einem wichtigen Standortfaktor im Wettbewerb um die besten Mitarbeiter.

Auf ihrer Internetseite informiert die CDU-Frau in aller Ausführlichkeit über ihre Arbeit in Düsseldorf und im Wahlkreis. „Ich halte es für ganz wichtig, meine Arbeit für jedermann zugänglich darzustellen, und das Internet ist dabei genauso wichtig wie die lokale Zeitung.“ Die Zugriffe auf www.ursula-doppmeier.de hätten in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen, auch ältere Menschen würden immer häufiger ihre Scheu vor der neuen Technik überwinden und sich an den PC oder ans Notebook setzen. Das wichtigste Kommunikationsmittel ist für Doppmeier allerdings unverändert das persönliche Gespräch, und deshalb ist sie nicht nur ständig im Wahlkreis unterwegs, sie lädt auch unermüdlich Besuchergruppen aus Ostwestfalen nach Düsseldorf ein, allein 45 in dieser Legislaturperiode. E-Mail und SMS sind für sie auch privat unentbehrlich, um mit den vier Kindern in ständigem Kontakt zu bleiben. Und wenn eine Tochter im nächsten Jahr nach Neuseeland geht, will sie es auch mal mit der Internettelefonie versuchen.

Weil ihr Arbeitstag, vor allem wenn sie von Gütersloh nach Düsseldorf muss, morgens um fünf Uhr beginnt und meist erst in den Abendstunden endet, bleibt für Hobbys wenig Zeit. Dazu gehören neben Reisen spannende Lektüre, am liebsten Fantasyromane wie die der amerikanischen Bestsellerautorin Stephenie Meyer. Und am Sonntagabend freut sie sich, wenn im Fernsehen ein „Tatort“ aus Münster mit Kommissar Thiel und Professor Börne läuft. *Peter Jansen*

Schreibwettbewerb zur Landtagswahl

Am 9. Mai 2010 findet die nächste Landtagswahl statt. Wählen darf jede und jeder ab 18. Aber auch die Jüngeren sind aufgefordert, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Denn anlässlich dieser Wahl hat der Landtag einen Schreibwettbewerb ausgeschrieben. Schirmherrin ist die Präsidentin des Landtags, Regina van Dinter.

Wer zwischen 12 und 22 Jahre alt ist und kreative Einfälle hat, kann gleich mit dem Schreiben beginnen: lustig, ernst, dramatisch, ironisch, sachlich oder Science fiction – der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt. Bedingung: Es muss um das Thema „Die Wahl haben“ gehen. Und der Text sollte nicht länger sein als zwei DIN-A4-Seiten (Schriftgrad 12pt). Nur deutschsprachige Texte sind zum Wettbewerb zugelassen. Beiträge, die zu spät eingesandt werden oder die Maximallänge überschreiten, müssen leider ausgeschlossen werden. Pro Autorin/Autor ist nur eine Einsendung zugelassen. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Und: Ihr solltet in NRW wohnen.

Der Wettbewerb ist in zwei Alterstufen unterteilt: 12- bis 16-Jährige und 17- bis 22-Jährige. Die besten Geschichte werden im Internet auf der Jugendseite des Landtags Nordrhein-Westfalen veröffentlicht. Die Gewinne reichen von einem Essen mit der Landtagspräsidentin über Gutscheine bis hin zu Karten für die Wahlparty am 9. Mai 2010 im Landtagsgebäude (Einzelheiten im Jugendangebot unter www.landtag.nrw.de).

Einsendeschluss ist der 28. Februar 2010. Texte bitte per Post an Landtag NRW, Sachbereich Jugend und Parlament, Dorothea Dietsch, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, oder per E-Mail an: dorothea.dietsch@landtag.nrw.de.

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Sonja Wand (sow, Redakteurin), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeit: Doro Dietsch (dd), Sebastian Wuwer (sw) Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs), 884-2450 (dd) und 884-2137 (sw) Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (Grüne), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstage

Vom 2. bis 15. Dezember 2009

3.12. Einmahl, Rolf (CDU)	60
3.12. Dr. Droste, Wilhelm (CDU)	49
3.12. Ratajczak, Marc (CDU)	36
4.12. Bollenbach, Chris (CDU)	37
8.12. Schulte, Bernd (CDU)	60
8.12. Preuß, Peter (CDU)	56
10.12. Monheim, Ursula (CDU)	70
15.12. Sommer, Barbara** (CDU)	61

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

10.12. Dr. Mikat, Paul (CDU)	85
11.12. Dr. Daniels, Hans (CDU)	75
15.12. Kramps, Wilfried (SPD)	70

**Mitglied der Landesregierung ohne Landtagsmandat

Wiederwahl

Der Landtagsabgeordnete **Rolf Seel** (CDU) wurde als Vizepräsident und Schatzmeister der „Partnerschaft der Parlamente“ (PdP) einstimmig wiedergewählt. Die PdP zählt 462 Mitglieder. Hierzu zählen unter anderem alle 16 Deutschen Landtage, aber auch die Österreichischen Landtage aus Salzburg und der Steiermark.

Termine

2.12.2009 **Tagespräsentation AIDS Hilfe NRW** im Landtag. Der jährliche Welt-Aids-Tag am 1. Dezember dient dazu, Verantwortliche in Politik, Medien, Wirtschaft und Gesellschaft – weltweit wie auch in Europa und Deutschland – daran zu erinnern, dass das HI-Virus noch längst nicht besiegt ist.

2.12.2009 bis 13.12.2009 **Ausstellung Parlamentarier in Demokratie und Diktatur** im Landtag. Die Tafelausstellung zeigt das politische Wirken von Paul Löbe (SPD, 11 Jahre Reichspräsident) und Carl Ulitzka (Zentrumspartei). Bisher unveröffentlichte Fotos und Dokumente. Ton- und Filmausschnitte lassen Geschichte lebendig werden.

15.12.2009 bis 20.12.2009 **Wettbewerb „Die gute Form – Tischler gestalten ihr Meisterwerk“**, Landesauscheidung 2009 im Landtag. Fachverband des Tischlerhandwerks Nordrhein-Westfalen

Für den Besuch der Ausstellungen wird um vorherige Anmeldung gebeten: Tel. 0211/884 2422 oder E-Mail: veranstaltungen@landtag.nrw.de.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden ein: am 3. Dezember 2009 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Dieses Betonfragment war Teil der Mauer, die Berlin und Deutschland teilte. 28 Jahre lang war sie Mittel und Zeichen der Unterdrückung. Überwunden durch die friedliche Revolution in Ostdeutschland am 9. November 1989, sind ihre Teile heute Symbol für die Kraft von Freiheit und Selbstbestimmung – aber auch ein Mahnmal für deren immerwährende Gefährdung.

Ein Geschenk von BILD an das Land Nordrhein-Westfalen zum 20. Jahrestag des Mauerfalls am 9. November 2009 – in Erinnerung an den Zeitungsgründer Axel Springer (1912 – 1985) – der gegen alle Widerstände an seinem Traum von der Einheit Deutschlands testet.



Ein Betonfragment, ...

das als Teil der Mauer Berlin und Deutschland teilte, hat Landtagspräsidentin Regina van Dinther im Bürgerpark Bilk zwischen der Staatskanzlei und dem Landtag präsentiert. 28 Jahre lang war die Mauer Mittel und Zeichen der Unterdrückung. Überwunden durch die friedliche Revolution in Deutschland am 9. November 1989, sind ihre Teile heute Symbol für die Kraft von Freiheit und Selbstbestimmung – aber auch ein Mahnmal für deren immerwährende Gefährdung. Das Mauerfragment ist das Geschenk einer Tageszeitung an das Land Nordrhein-Westfalen zum 20. Jahrestag des Mauerfalls am 9. November 2009.

Fotos: Schälte